

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 2/6, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, incl. und Haus Nr. 2.00, wo keine Post am Orte, 2.15 S. 84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Absetzungsgeld: Bezahlt für die Einzelpolige Kolonialzeitung oder deren Raum 25 Pfennige, für Anzeigensatz, Inserate und Belegblätter 15 Pfennige, Ausländische Posten 25 Pf. Bezahlt für die nächste Nummer müssen die Belegblätter 5 Tage vor der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 79.

Donnerstag, den 3. April 1909.

20. Jahrgang.

Die geheime Fehde der Kohlenkönige.

„Die Bergarbeiter wollen gleichberechtigte Staatsbürger sein. 700.000 Bergarbeiter, auf deren mühevoller, lebensgefährlicher Arbeit nicht zuletzt das Gedeihen der ganzen Volkswirtschaft beruht, lassen sich von einer Handvoll Herrenmenschen nicht unterwerfen.“

Mit solchen beherzten und zuberstehenden Worten schließt die „Verarbeiterzeitung“ ihre wackeren Entschlüsse über das geheime Treiben der preussischen Grubenmagnaten. Zum 7. Januar hatte der preussische Handelsminister, Herr Delbrück, zu den Vorarbeiten für die neue Berggesetz-Novelle Vertreter aller Bergbauunternehmen zu einer Besprechung ins Ministerium geladen und mit ihnen auch zwei Vertreter der Bergarbeiter. Die Meinung der Interessenten über die Pläne der Regierung sollte dadurch erörtert werden. Am Tage zuvor aber hielten die Vertreter sämtlicher Bergbauunternehmervereine im Palasthotel in Berlin eine geheime Konferenz ab. Aus Ober- und Niederschlesien, Mitteldeutschland und Westdeutschland, aus dem Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kalisalz- und Erzbergbau waren sie zusammengekommen, viele Herren mit klingenden Titeln, mit dem ausgeprägten Herrenbewußtsein. Sie haben hinter verschlossenen Türen getagt und sich noch ausdrücklich zur Geheimhaltung ihrer Beratungen verpflichtet.

Die Bergarbeiter-Vertreter tagten auf ihrem Kongress in voller Öffentlichkeit! Sie haben keine geheimen Pläne. Ihr Wille ist es, daß sich das ganze Volk von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen überzeugt. Die Bergbauherrentagten hinter verschlossenen Türen!

Die Herren kamen dann auf die Frage der Einführung von Arbeiterkontrollleuren selbst zu sprechen. Selbstredend wehrten sich alle gegen diese Kontrollverschärfung. Dabei wurde der christliche Gewerbeverein mit dem „sozialdemokratischen“ Verbande völlig in einen Topf geworfen. Der bereits erwähnte Bergat Kleine führte aus:

„Der alte Verband ist eine Schöpfung der Sozialdemokratie und der Gewerbeverein eine Schöpfung des Zentrums, reinweg aus politischen Gründen, um bei den Reichstagswahlen die Massen hinter sich zu haben. Das war der Grund, und damit nun die Christlichen sich den Wind nicht aus den Segeln nehmen lassen, gingen sie womöglich noch schärfer vor als die Sozialdemokraten, sobald beide Verbände für uns dasselbe bedeuten.“

Deshalb wollten die Herren beim Minister weder mit dem sozialdemokratischen Verbandsältesten Jungesblut, noch mit dem christlichen Gewerbevereinsältesten Schäfer an einem Tische sitzen. Am weitesten ging dabei der Geheimrat Uthemann von der Bischöflichen Gesellschaft in Oberschlesien, der wegen seiner Maßregelung und Verfeinerung von organisierten Grubenbeamten berühmt geworden ist. Er führte aus:

„Die Arbeiterkontrollleure werden lediglich aus politischen Gründen eingeführt, auf Grund des Drängens der Sozialdemokraten und der sozialistischen Wohlfahrtsvereine. Diese Einrichtung von Arbeiterkontrollleuren ist der erste gefährlichste Schritt in den sozialen Staat hinein. Wenn wir überhaupt noch wert sein wollen, unsere Gruben zu betreiben, dann müssen wir uns dagegen wehren, dann müssen wir hier ein großes Nein sagen. Sagen Sie morgen ganz offen: Wir sind Herren im Hause — brauchen Sie das Wort! — und wollen im Interesse der Erhaltung unserer Gruben und des preussischen Staates bleiben. Schlagen Sie dem Minister vor, er möge die Kontrollleure erst einmal beim Militär versuchsweise einführen. Er möge in jeder Kompagnie in geheimer Wahl einen Soldaten aus dem zweiten Jahrgang wählen lassen, der einmal im Monat herumginge und den Hauptmann und die Herren Beamtens kontrollierte, ob alles in der Reihe wäre. Wenn sich das bewährte, wollen wir es auch einführen. (Geheul.)“

„Wohlfahrtsvereine“ nennt Herr Geheimrat Uthemann die bürgerlichen Sozialpolitiker, denen an einem Ausgleich der widerstreitenden Interessen gelegen ist! Der Herrenstandpunkt soll in der schroffsten Weise hervorgehoben werden! Bezeichnend ist der Vergleich mit dem Militär. Wie dort sich alles „höherem Befehl“ widerspruchslos unterordnen muß, so sollen es auch die „freien“ Bergarbeiter tun. Und Herr Silger erklärte, er sei ein „absoluter Freund dieses Herrenstandpunktes“. So ungefähr haben auch die absoluten Könige des 18. Jahrhunderts gesprochen. Heute sagen die Bergherren: „Die Industrie, das sind wir! Auf die Knie vor uns, armfertiger Fronlehn!“

Der Sicherheitsmann als Kullisse.

Während anfangs die Regierung den Wünschen der Arbeiter auf Einführung von Arbeiterkontrollleuren ein Stück entgegenkommen wollte, sah schließlich der Entwurf der Berggesetznovelle die sogenannten „Sicherheitsmänner“ vor, die in aut wie gar keine Rechte haben.

Worauf diese Schwertung der Regierung zurückzuführen ist, wird jedem klar, der folgende Reden liest. Herr Oberbergat Dr. Wächler erklärte auf der Konferenz:

„Meine Herren, diese Einführung der Kontrollleure wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt, sondern es heißt immer nur: Gott, es schadet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen für Euch Bergwerksbesitzer nur ein Nutzen sein, und die Einführung solcher Kontrolle ist ja gewissermaßen eine Kullisse respektive eine Entlastung für Eure Verantwortung.“

Also eine Kullisse soll der Sicherheitsmann sein und ein Sündenbock für den Fall, daß schwere Katastrophen sich ereignen. Generaldirektor Hilger hat im Jahre 1902 im Saargebiet bereits „Sicherheitsmänner“ eingeführt, wie sie jetzt die neue Berggesetznovelle vorschreibt und er erzählte hierüber folgendes:

„Ich habe mich damals bereit erklärt, den Versuch in der Form zu machen, um Schlimmeres zu verhüten. In Saarbrücken hat die Verwaltung den Bergmann so in der Hand, daß, wenn sie ihm kündigt, er nirgendwo Arbeit findet.“

Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrollleure genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben.

Wie die Verhältnisse in Saarbrücken lagen, hatte jeder Bergwerksdirektor genau den Arbeiterausschuß, den er verdient. Wenn er sich darum bekümmerte, konnte er die Leute hineinwählen lassen, die ihm paßten, und wenn ihm welche nicht paßten, dann konnte er sie einfach in eine andere Steigerabteilung verlegen.

Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Bergglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verhängenden Ausnahmen ins Jahrbuch eingeschrieben worden ist:

„Alles in Ordnung befunden.“

Wenn Sie mich nun nach dem Erfolge fragen, so kann ich nur sagen: es ist weiße Salbe gewesen und es ist weiße Salbe geblieben.

Aber, meine Herren, wir kommen um die Arbeiterkontrollleure kaum herum, das ist meine feste Überzeugung, und da soll man wenigstens bei aller prinzipiellen Ablehnung versuchen, das Institut so wenig gefährlich wie nur möglich zu machen, indem man sagt: Ja, mit Vertrauensmännern, wie sie damals im Saarrevier eingeführt worden sind, könnte man sich schlummersfalls einverstanden erklären.“

Der eingeschüchterte und mit Verlust seines Brotes bedrohte Sicherheitsmann schreibt also ins Jahrbuch: „Alles in Ordnung“, und ereignet sich dann eine Katastrophe, wird er statt der Schulbligen ins Loch geschoben.

Der Mann von der Firma „Königreich Preußen“.

In ihren weiteren Verhandlungen enthüllten sich die Grubenmagnaten dann nicht nur als die Herren ihrer Sklaven, sondern auch als die Herren der Regierung, als die tyrannischen Beherrscher aller politischen Faktoren.

Wie ehemalige Ministerialbeamte ihre amtlichen Erfahrungen zur Information von kapitalistischen Interessengruppen verwerten, zeigt eine Mitteilung, mit der wieder Herr Uthemann seine Herrenkollegen erfreute. Er führte aus:

„Meine Herren, als die vorige Sitzung der Vorstände der bergbaulichen Vereine anlässlich einer der ersten schönen Nobellen zum Berggesetz abgehalten wurde, hatte ich noch den Vorzug, im Ministerium zu sitzen. Bevor am Morgen die Besprechung im Ministerium anfang, wußten wir bereits, was Tags vorher von den Vereinen beschlossen war. Das hat dem Handelsminister natürlich seine Taktik außerordentlich erleichtert. Wenn wir nun auch gar keine Veranlassung haben, nicht mit offenen Waffen zu kämpfen, so halte ich es doch aus taktischen Gründen für richtig, daß wenigstens so lange, bis die Schlacht im Ministerium geschlagen ist, von unserer Seite gegenüber unseren Freunden, die wir im Ministerium sitzen haben, nichts herauskommt. Ich möchte die Herren bitten, sich dazu gegenseitig zu verpflichten.“ (Sehr richtig!)

Hinterher ergänzte er seine Mitteilungen noch mit dem ironischen Vermerk: Ich habe doch auch einmal bei der Firma (das heißt im Ministerium) gearbeitet. Und weil Herr Uthemann „auch einmal bei der Firma gearbeitet“ hat, kennt er auch die dortigen Geschäftsgeheimnisse. Er weiß, wie der Hofe läuft, weiß wie man die Geschichte anfangen muß. Deshalb empfahl Herr Uthemann in erster Linie, überhaupt nicht zur Ministerial-Konferenz zu gehen, weil dort die „beiden Sozialdemokraten“ auch hinkommen; wenn aber schon hingehen, dann den schroffen Herrenstandpunkt vertreten.

Schließlich beschloß man, doch hinzugehen, indessen sollten sich die Redner in keine Details einlassen, sondern nur den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt betonen. Für die einzuhaltenen Taktik machte Herr Landtags-Abgeordneter Volk, Geschäftsführer des Oberschlesischen

Berg- und Hüttenherrenvereins, einen „zeitgemäßen Vorschlag“. Der ist so charakteristisch für die Menschenkenntnis der Herren, daß wir die Volk'schen „Idee“ der Mittelwelt nicht vorenthalten dürfen. Der Volk empfahl nämlich das wütendste

Schwenken des roten Lappens!

Prinzipiell natürlich Widerspruch gegen jeden Eingriff in die Hoheitsrechte des Bergherren von Mammons Gnaden, aber, so fährt Herr Volk fort zu sprechen:

„Bei diesem prinzipiellen Widerspruch hinwiederum möchte ich bitten, morgen in erster Linie absolut nicht das Bergbauliche, Technische und bergl. in den Vordergrund zu stellen — zumal man hieron immer nicht so ganz glauben, sondern dabei annehmen wird, daß wir „pro domo“ sprächen —, sondern als das Wichtigste hierbei — und das hat ja Herr Bergat Kleine ganz ausgezeichnet dargestellt — den politischen Standpunkt anzusehen. Man muß, mit anderen Worten, denbar scharf positionieren, daß die geplante neue Einrichtung der Arbeiterkontrollleure geradezu eine staatliche Unterstützung der Sozialdemokratie sein würde.“

Also ich wiederhole, ich bin der Ansicht, daß man in erster Linie den eminent politischen Gesichtspunkt hervorheben sollte, daß man unumwunden die Sozialdemokratie so sehr fördern und stärken darf, wie das unbedingt bei der Durchführung der zur Debatte stehenden Vorschläge der Fall sein würde.“

Damit war das Stichwort für die Akteure ausgegeben. Es handelt sich zwar um eine Gesetzesvorlage, die den Zweck haben soll, die Betriebssicherheit zu heben, Gesundheit und Leben von Menschen besser zu schützen. Da gehört sich eine gründliche Aussprache über betriebstechnische Möglichkeiten. Aber eine solche Aussprache ist den Grubenherren in Gegenwart von praktisch geschulten Arbeitern nicht angenehm. Und deshalb muß die Erörterung „in erster Linie“ auf das der Sache fremde parteipolitische Gebiet hinübergespielt werden!

Wir sehen, die Grubenherren haben verabredet, bei Erörterung der Bergarbeiterfragen systematisch den roten Lappen zu schwenken, um den ängstlichen Spießbürgern eine Gänsehaut überlaufen zu lassen!

Sollte aber wider Erwarten die Berggesetz-Novelle im Landtage für die Arbeiter doch einige günstige Bestimmungen erhalten, dann appellieren die Grubenherren an

Das rettende Herrenhaus!

Das ist für die Grubenherren das „sicherste Parlament“, Herren vertrauen natürlich auf das Haus der Herren.

Herr Geheimrat Uthemann rief aus:

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz kraß nein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkte, offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verdienst, und hilf uns.“

„Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge!“ Die Faust an der Kehle, die Krute auf der Brust! Nun wird die Szene hochdramatisch! Es geht um den Profit! Herr Geheimrat Uthemann springt auf und sagt:

„Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabung gegen den Handelsminister, wie wir sie besser garnicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn heute hier die Vertreter der gesamten preussischen Bergwerksdistrikte erklären, wir gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium. Weil uns heute Abend bekannt geworden ist, daß der preussische Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeißen wir die ganze Geschichte.“

„Schmeißen wir die ganze Geschichte“ — und den unglücklichen Handelsminister mit! „O nein“, warf darauf Herr Silger ein, „wir schmeißen sie damit leider nicht!“ Noch mahnt auch Herr Bergat Williger (Oberschlesien), den „Minister nicht so ohne weiteres zu bräutern.“

Die Ministerstürzer!

Geheimer Bergat Uthemann: „Ich möchte gegenüber dem Herrn Bergat Williger feststellen, daß hier positiv konstatiert worden ist: Der königlich preussische Handelsminister hat verlangt, daß ein offizieller Vertreter der Sozialdemokratie an den Verhandlungen, zu denen wir in das königlich preussische Ministerium geladen sind, teilnimmt. Er hat verlangt“

„Der Vorsitz des alten Verbandes“, das ist ein offizieller Vertreter der Sozialdemokraten. Die einzige Forderung — das heisst ich immer wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herrenhaus. Nach meiner Meinung ist hier eine tatsächliche Handhabe gegeben, mit dem Gesetz zugleich den Minister, der Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein solches Gesetz präsentiert, zu beseitigen. Gerade aus dieser Erwägung möchte ich bitten, das zu tun.“

Vergebend versucht Herr Generaldirektor Rande- brock den Herrn Uthmann zu beschwichtigen. Er geht weiter, er zieht jetzt auch den Kaiser mit in den Arm um die Profite der Herrenmenschen!

Der Vorsitzende, Herr Berggrat Kleine, nimmt das Wort, um zunächst zu referieren, und sagt dann weiter:

„Nun kommt noch eine Frage, die allerdings sehr diskret Natur ist. Ist es wirklich richtig, gegen Delbrück persönlich so vorzugehen? Soweit mir bekannt, ist er ein scharfer Gegner des Staatssekretärs des Innern von Bethmann-Hollweg. Außerdem muß ich sagen, meine persönliche Verhandlung mit ihm hat mir auch den Eindruck verschafft. Ich glaube darum eigentlich nicht, daß wir so scharf gegen den Minister persönlich vorgehen sollen. Nach meiner Ansicht liegt eigentlich die Sache viel mehr bei unserer Baugrunderstellung.“

Seppelrat Uthmann: „Nein, das ist noch eine Intelligenzfrage vom verstorbenen Sinspeter, die so langsam von oben heruntergekommen ist!“ — (Lachen.)

Herr Kleine: „Ich meine nur, wir sollten es doch vermeiden, gegen den Landesminister selbst vorzugehen. Denn nach meiner Meinung ist er noch der Beste, den wir seit Schwarz gehabt haben.“ (Zuruf: Und Adler!)

Wir schauen immer tiefer hinter die Kulissen! Herr Delbrück ist, nach den Erörterungen des Herrn Berggrat Kleine, ein scharfer Gegner des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg, Nachfolger des Grafen von Posadowsky, der auf so rätselhaft plötzliche Art aus seinem Amte verschwand! Welche Fernsicht tut sich da auf! Und nun wird eine Serie von Ministerkürzen angekündigt. Ein dachin noch Zurückhaltender packt aus! Herr Berggrat Williger entwickelt den Kriegsplan! Er sagt:

„Wir scheitern es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich und endlich um die Stellung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben her die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Recht geben und ihm, wenn nicht anders, zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Recht geben, indem wir ihnen auf anderem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen.“

Ein grandioser Plan! So lange wir sitzen, bis ein Minister kommt, der den Herren alles zu Willen tust! Und es sind keine phantastischen Pläne, die da im Berliner Palasthotel zusammen waren. Am 7. Juni 1896 schrieb Herr Dued, Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, an den Reichstag von Sächler-Augsburg:

„Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt.“

Herr von Berlepsch, damals preussischer Bergwerksminister, mußte sein Amt verlassen, er war „klein getrieft“ worden von den Zentralindustriellen!

Die politische Arbeiterpresse und die Sozialdemokratie müssen aus jenen Enthüllungen noch weitergehende Schlüsse ziehen, als die zunächst beteiligten Bergleute. Hier zeigt sich ja wieder einmal ganz deutlich, wie

wenig sich wirtschaftlich-gewerkschaftliche Fragen auf den Hockerschemel bringen lassen, wie jede große Frage dieser Art unversehens zur politischen Frage ersten Ranges wird.

Wenn die siebenhunderttausend Grubenproletarier, von denen die Bergarbeiterzeitung treffend sagt, daß auf ihrer mühseligen und lebensgefährlichen Arbeit nicht zuletzt das Gedeihen der Volkswirtschaft beruht, sich von der Erkenntnis durchbringen lassen, daß der Weg zur Freiheit nur über die Trümmer der Dreiklassen-Verfassung führt, daß hier, im preussischen Wahlrechtskampfe, die entscheidende Schlacht geschlagen werden wird, dann wird die Bewegung für das gleiche Recht in Preußen unübersteiglich werden. Darum ruft die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterschaft ihren Kameraden, den Bergarbeitern zu:

Wollt Ihr nicht die rechtlosen Sklaven der Kleine, Adler, Uthmann und Volk bleiben, wollt Ihr gleichberechtigte Staatsbürger werden und Euch von jenem Hundsvoll Herrenmenschen nicht unterwerfen lassen, wollt Ihr Kämpfer für Eure eigene Freiheit sein, dann werdet Vorkämpfer der preussischen Wahlrechtsbewegung! Glück auf!

Politische Uebersicht.

Deutsch-englische Verstimmung.

Die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen in den letzten Tagen muß jeden Freund des Weltfriedens mit aufrichtiger Besorgnis erfüllen. Die Rede des englischen Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, im Unterhaus am letzten Montag, die Wahl von Croydon, schließlich die drückende Ablehnung der sozialdemokratischen Verhandlungs-Resolution sind Erscheinungen einer sehr schwierigen und ernsten Situation.

Sir Edward Grey hat in seiner letzten Rede in kaum mehr verbildeten Worten Deutschland für das tolle Wettrennen zur See verantwortlich gemacht und die steigenden Rüstungskosten als eine Gefahr für die Zivilisation bezeichnet. Das einleitende Staatsmann, der solchen Anschauungen Deutschland gegenüber huldt, mit allen Eventualitäten rechnet und sich für alles bereit hält, ist selbstverständlich. Aber der Eifer, mit dem die liberale Regierung die Rüstung des Reiches verbessert, genügt einem großen Teil der englischen Wähler nicht. Von geschickten Agitatoren angefaßt, verdrängt sich eine nationale Panik durch das ganze Land und verwandelt bei Neuwahlen die Liberalen Mehrheiten zu Minderheiten. In Croydon, südlich London, war schon 1906 ein Konservativer gewählt, aber nur mit 638 Stimmen Vorsprung. Diesmal betrug der Vorsprung der Konservativen fast 4000 Stimmen. In der englischen Bevölkerung vollzieht sich ein Umschwung zu entschlossener Kampfstimmung und zur Feindschaft gegen Deutschland.

Indem die deutsche Regierung in unglaublicher Verblendung das gewaltige England wie einen lästigen Bittsteller abweist, hat sie der noch herrschenden liberal-radikalen Partei in den Augen der englischen Bevölkerung einen furchtbaren Schlag versetzt.

Die herrschende Spannung ist durch das kurzfristige Verhalten des Reichstags und des Reichstages im Reichstage bei der Abstimmung über die sozialdemokratische Resolution noch verschärft worden. Aus Angst, sich nach oben beliebt zu machen, um nicht in sozialdemokratischer Gesellschaft gelassen zu werden, stimmten die beiden Parteien gegen die Resolution, obwohl diese nur ausspricht, was von ihnen selbst schon öfters vertreten worden ist. Mit Recht konnte Genosse Scheidemann am Mittwoch darauf hinweisen, daß das Abstimmungsergebnis gänzlich die wirkliche Stimmung des Reichstages widerspiegelt, sondern durch „natürliche Bedenken“ heimlichster Art gefälscht sei. Es kennzeichnet den politischen Tiefstand der bürger-

lichen Reichstagsparteien, daß sie sich am Mittwoch, beim Etat des Auswärtigen Amtes, über Pornographie, Zigeunerfrage und Lausanne: Professorenstreit unterhielten, von den weltgeschichtlich bedeutenden, die Interessen Deutschlands tief berührenden Vorgängen in England überhaupt garnicht Notiz nahmen. Die sozialdemokratische Fraktion blieb die einzige, die den Ernst der Situation erkannte und ihr Verhalten entsprechend einrichtete. Die anderen klammerten sich nicht darum, verstanden's wohl fertig werden und in die Opferferien gehen. Das Schicksal des Deutschen Reiches überlassen sie vertrauensvoll Wilhelm dem Zweiten.

Die Sozialdemokraten als Retter des Blocks?

Eine Mehrheit für die verschlechterte Erbschaftsteuer — damit für die Behebung der gefährlichsten Blockierigkeit — rechnet sich die „Freie. Ztg.“ heraus. Nach ihrer Aufzählung zählen die Anhänger dieser Steuer 202 Stimmen, nämlich:

26 Freikonservative, 7 Reformen, 17 Wirtschaftliche Vereinigung, 54 Nationalliberale, 15 Freisinnige Vereinigung, 28 Freisinnige Volkspartei, 7 Deutsche Volkspartei, 48 Sozialdemokraten und 6 Wilde. Das wäre also schon die absolute Mehrheit gegen das Reichstages. Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß die Elstässer, die eine besondere Gruppe bilden und sich dem Zentrum nicht angeschlossen haben, wahrscheinlich auch für die Verschönerung der Erbschaftsteuer, die in Elstätt-Vorbringen schon besteht ist, stimmen werden, ferner, daß nach Angabe der Zentrumspresse selbst im Zentrum die Bestärkung der Deszendenz und Ehegatten gleichfalls namhafte Anhänger zählt. Außerdem glaubt man, Grund zu der Annahme haben zu dürfen, daß auch in der polnischen Fraktion eine starke Strömung für die erweiterte Erbschaftsteuer vorhanden ist.

Der Block, der zur Niederdrückung der Sozialdemokraten gegründet wurde, ist also schon jetzt so weit, daß er dieselben Sozialdemokraten als Retter seiner Existenz in Rechnung stellt! Es ist weit mit ihm gekommen. Ob freilich die Sozialdemokraten gerade so erpicht darauf sind, ihm diesen Dienst zu leisten, — da die Erbschaftsteuer gegenüber der Regierungsvorlage noch weiter verschlechtert wird — das sollen die Blockstigen erst abwarten.

Agrarische Steuerschwinder.

Prof. Delbrück führt seinen Kampf gegen die agrarische Gewohnheit des Steuerhinterziehens mit unverminderter Schärfe weiter. Aus der großen Anzahl von Beispielen, die er im Aprilheft der preussischen Jahrbücher anführt, seien einige herausgegeben:

Eine Dame im Osten besitzt ein Gut von weit über eine Million Mark Wert. Sie hat darauf 500.000 Mark Hypothekenschulden und bezahlt — 50 Mark Einkommensteuer.

Ein Kleingeldbesitzer in der Provinz Brandenburg erhielt von einer Webfabrikant eine Hypothek, nachdem er eine Jahreseinnahme von 30.000 Mark nachgewiesen hatte. Später wurde festgestellt, daß er sein Einkommen bei der Steuererklärung auf 4500 M. angegeben hatte.

Ein Gutbesitzer in Pommern deklarerte 18 M. Ertrag vom Gehalt, zog dann seine Schulden ab und hatte dann fast gar keine Steuer zu bezahlen. Ein Bauer aus demselben Dorfe deklarerte 82 Mark vom Gehalt. Als ein Mitglied der Veranlagungskommission vorerwähnt fragte: „Ich denke, der Boden ist dort so miserabel, daß bloß 18 M. herauskommen“, belehrte ihn die Majorität der Veranlagungskommission, daß dies daher komme, weil bei der Separation die Bauern die fetten Stücke Land bekommen haben, während die Großgrundbesitzer sich mit dem Unland begnügen mußten!

Ein höherer Beamter aus Pommern stellte fest, daß Großgrundbesitzer, die für ihren Hausstand, gesellschaftlichen Aufwand, 20.000 Mark jährlich ausgeben, mit 15—1800 Mark jährlichen Einkommen eingeschätzt sind.

Bei den Bauern herrscht vielfach die Gewohnheit, als Einkommen den Ertrag anzugeben, den sie am Jahresabschluss auf die Parzelle tragen.

Ein Geizhals in Thüringen hat festgestellt, daß in einem kleinen Orte derselbst ein Fabrikarbeiter 1,25 Mark, der reichste Bauer 1,75 Mark Steuern bezahlt.

Wer in den Veranlagungskommissionen auf eine schärfere Heranziehung der einzelnen Besitzten dränge, könne sicher sein, das nächste Mal nicht wieder in die Kommission

Im alten Röddchen zu Weimar.

Von Helene Böhlau.

(Nachdruck verboten.)

Im Röddchen hörte man ganz ernst und leise über die Schneefelder hin das Röhren klingen.

Der Postillon dieses allemal, wenn er in der Nähe des Röddchens vorüberfuhr, denn die Hörnermagd war sein Schatz. Des Postillons aber war der einzige Ton, der die große Schneefülle rings umher belebte, und wenn es erlang, da redete nicht nur die Magd den Kopf zum Fenster hinaus, auch Schlimpimperlein und Rudschewabel machten das Winterglocken im Wohnstubenfenster auf und leuchteten ganz andächtig, bis der letzte Ton verklungen war, dann gingen sie wieder an ihre Arbeit.

Draußen der Wald sah sonderbar aus. Die jungen Bäume hatte der Schnee zur Erde niedergedrückt und sich über sie gelegt, dichter und dichter, daß es die wunderlichsten Gestaltungen gab. Die gebüschel versteinerte Räumlein sah die jungen Bäume aus „gestauchte Räumlein“ wie das Volk sagt, und die jungen Erden hatten sich wie Kugeln über die Erde gelegt und trugen ihre gewöhnliche Gestalt, und die alten, laichen Bäume hielten mit ihren geduldigen Armen ganze Schneebücher fest. Die großen Laubener hatten igezeitliche Stumpeln auf dem breiten grünen Zweigen, die sie eng an sich gedrückt hielten, und die Spitze hing ihnen von der Schneefülle tief herab und jeder Erden und jede Unruhezeit war verjüngt.

Im Garten lag eine Schneedecke gerade am Hause an, daß oben aus dem ersten Stock des Försters Koch ganz bequem zum Fenster hinaussehen konnte.

Der Nachbarhof war eine unbeschreibliche Herrlichkeit, da hing an jedem Schmettern Zweiglein die Eiströhre wie Schuppen und Papier, und keine Kröpfelstiele waren darüber gewacht, und der ferne Wald lag wie in einer weißen, glühenden Hölle. Wenn der Förster heimkam in seinen tiefenhaften Schneehäusern, hatte er über seinem alten Schloß ein einigliches Spinnwebergesicht, und sein Bart glitzerte, und an den Augenbrauen waren ganze Kröpfel angehängen und die Fingerringe glänzten und knippte. Der Dattel war ebenso weiß beschneit.

Über die Mädchen hatten ein gebrügel einwärts Leben geben im Röddchen, schon nicht ein Rabenzug und vor dem Fenster auf dem Fensterbrettchen die beiden, ausgeputzten Ansetz, die kleinen, roten Weisen und vor dem Kröpfel die Späßen und die hängigen Schilddrüsen. Wegen Abend, wenn die Sonne ein niederstammte und

an manchem Tag die Mädchen über der versteinerten Erde ruhig fürte, kamen die Rede zum Fenster.

Vom Fenster aus konnte man sie durch die jungen Stämme sehen. Beschönig, in langer Reihe, eins nach dem andern, wie eine Prozession, und verschwanden hinter der großen Futterbank, eins nach dem andern, immer höher — immer in Sorge.

Wenn die Schneefülle auf der Eiterbürger Straße im Rand war, kamen wohl ein paar betrogene Spaziergänger bis hinauf ins Röddchen gestiegen und ließen sich einen Glühwein brauen und hingen die Behälter an dem Fen im Wohnzimmer auf. Der Glühwein, den sie bekamen, das war zwar mit ein echter Jemmer Koffer, aber der Förster hatte so seine Kräfte damit, die er niemand verriet — aber man wußte schon; er hatte eine tolle Quelle in Jena, er bekam seinen Wein gut angelesen, und in Erfurt hatte er wieder einen guten Freund, der schenkte ihm jedes Jahr mit dem Posten ein leeres Mabeitafel, und in das Mabeitafel wurde der brave Jemmer ein-geleiert — und machte dann feines Geleiten. — Die Schneefülle mußten deshalb sehr wohl, weshalb es sie zum Glühwein bis in das Röddchen hinaufzog.

Über diesen Bürgersteuten, die hin und wider des Bag-ants ausführen, Förster in ihrer winterlichen Einseitigkeit auf-zuziehen, war oft ein junger Maler zu finden, der in Gesellschaft oder einzeln zum Röddchen hinaufkam, doch wie es schien, nicht nur des Glühweins halber. Die Rudschewabel hatte es ihm angetan. Darum machte er kein Geiß, Rohm- und Gaf-felre waren im Winter bei Förster ein geworden, und so sah denn die Familie mit ihren Stippen traulich beisammen.

Rudschewabel brachte hauskräftig und bescheiden ihrem An-beter den Glühwein und setzte sich dann neben ihn nieder, in aller Gemächlichkeit, der junge Heinrich Strobel gefiel auch ihr — und da sie in der Hauptstadt miteinander im reinen waren, nahmen sie es einfach und ruhig.

Der Förster aber sah wieder mit Kerger vor seinen Augen, ganz offen und unverborgen, eine neue Liebesgeschichte ent-fachen, die ihm wieder eine Tochter lösen sollte — und er konnte nichts dagegen tun, die Sache nahm ihren Lauf.

Aber von Rudschewabel hatte der Förster es sich doch nicht gedacht, deren war er so sicher gewesen. Sie hatte schon einige zu seinem größten Wohlbehagen und Trisymph ohne weiteres ablassen lassen, wer mit Leib und Seele der uraltenen Wirk-lichkeit ergeben war ein rechtes Hausmännchen. — Sie oft hatte sie gesagt, daß sie nun und nimmermehr aus dem Röddchen gehen würde, — aber nun einer den Förster zum Mann.

Da ließ sich nichts machen, das wußte er aus Erfahrung — und so lagen sie alle miteinander beisammen. Schilddrü-

perlein kühl und gleichgültig über ihre Nücherei gebüßt; die Sache ging sie nichts an.

Niemand gab sich mit ihr ab — und daß Rudschewabels Anbeter hin und wieder auf seine trodene Art ein paar Worte an sie richtete, das war für sie nicht der Rede wert. Sie war an solche Profanen, die von einer anderen Tisch fielen, nicht gewöhnt; das paßte ihr nicht.

Unter in Weimar hatte sie eine Lante, die Schlimp-im-perlein gerne auf ein paar Wochen im Winter bei sich gehabt hätte, um ihr etwas zu gute zu tun. Aber der Förster wollte das nicht, besonders nicht, seit Schmitratel mit ihrem Manne nicht mehr in Weimar lebte, sondern nach Eisenach verlegt war. So sah Schlimpimperlein oben und langweilte sich.

Der junge Heinrich Strobel kühlte sich wohl im Hause, er war so ein Biedermann, der die geordneten, ruhigen Verhält-nisse liebte, ein langer, hagerer Burche, mit unglücklich empor-stehendem Haar, das keiner Mode der Welt sich bequem hätte, mit einem grauen, unregelmäßigen Gesicht und guten, gescheiten, grauen Augen. Er hatte auch schon des Vaters Bod oben mit erlebt und sich dabei wie ein guter Sohn benahmt.

Der Förster war heimgekommen mit einem Gesicht, einen so starren, entsetzten Gesicht, hatte kein Wort gesprochen, seiner Pelz abgehend abgeworfen und sich flote und steif an den Ofen gesetzt.

Die Försterin, die bedenklich auf ihn geschaut hatte, jagt ganz erschreckt: „Ach Herr Jes, der Bod. — da bringt den Vater nur alles, die Betten wärmt und die Haberfäden.“ Die Mädchen sprangen und taten, was ihnen gefehlen war. Der Förster aber regte sich nicht, hielt seine, mit einem wollenen Lappen eingewickelte Hand, wie ein Widelfind vorfichtig auf dem Knie und schaute.

„Diesmal ist der Bod im Daumen“, sagte er trocken.

Heinrich Strobel, der vom Bod schon alles Nähere wußte, jagte: „Förster, alles was recht ist; — aber den Bod haben Sie nicht im Daumen, wenn nämlich der Bod wirklich Bodagra bedeutet, dann kann der Bod nur im Fuß stehen.“

„Wie so?“ sagte der Förster. Im Daumen hat eben kein Mensch noch das Bodagra gehabt“, antwortete der Maler trocken. „Woll — woll sel woll“, sagte der Förster mitkräftig. Das war eine tröstliche Erinnerung das Woll — woll — sel woll“ und auch der Bod war eine tröstliche Erinnerung. Jetzt fingen die beiden an, über den Bod zu streiten, und der Förster vergaß die Schmerzen und tritt aus Leibesträften zum Erschauen — streiten. (Fortsetzung folgt.)

gewählt zu werden. Wir meinen, diese kleine Blütenlese genügt! Sie ist um so beweiskräftiger, als sie aus einer streng konservativen Zeitschrift stammt.

Der Reichstag, dessen Zeit in der Abendstunde am Mittwoch durch endloses Blockamtlingsgeknäuel über Klubs, Pfarrer und Postknechtinnen in Salonik jämmerlich vertrieben worden war, versammelte sich am Donnerstag bereits um 10 Uhr Morgens wieder mit der ausgesprochenen Absicht, an diesem Tage mit dem Etat fertig zu werden. Bei dem Etat der Verwaltung der Reichsbahnbahnen brandmarkten die Genossen Himmel und Böhle den unter dem neu geabelten Breitenbach munter fortflorternden Buddismus, wie es sich in Gestimmungschwärzelei und Unterdrückung auch der bescheidensten Selbständigkeitsregungen der Arbeiter herrlich offenbart. Vizepräsident Rumpf bestritt in einem wütenden Ordnungsruf der reichsländischen Polizei das Recht, verächtlicher als der Minister von Breitenbach zu sein, und proklamierte in einem zweiten Ordnungsruf die unerbittliche Zusammengehörigkeit von persönlichem und Seelenadel. So gegen 1/2 Uhr war man mit der zweiten Etatslesung fertig, worauf man sich durch eine Kaffeepause für das Werk der dritten Etatslesung stärkte.

Die zweite Sitzung des Donnerstag, die dieser dritten Lesung gewidmet war, wies im Gegensatz zur ersten ein recht stattlich besetztes Haus auf, da inzwischen das Dreiklassenparlament seine fleißigen Betrachtungen über die Bahnverbindungen von Posomudel, Ortshude, Dingoda und Schöppensfeld auf den Freitag vertagt hatte. Die Generalsitzung zum Etat war sehr kurz. Die Behauptung des abgewählten Welfen von Dannenberg, daß es schon vor 1866 Könige von Gottesgnaden gegeben habe, begreift einem in allen zoologischen Taxarten geseulenen Widerspruch des Blocks, wobei besonders die Nationalliberalen zeigten, daß sie mit gutem Erfolg die musikalische Schule ihrer jüngerlichen Blockbrüder besucht haben. Beim Etat des Innern entspann sich eine längere, zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangte sozialpolitische Debatte. In sachkundiger Weise schilderte Genosse Sacke den Tief- und Stillstand der Sozialpolitik und machte mit Genossen Que den Versuch, den Minister zu einer Aeußerung über das famose Schaben der Grubenkönige — siehe erste Seite des Blattes — zu provozieren. Herr Bethmann-Hollweg aber kniff aus, wie ein deutscher Mann nur kniffen kann. Die Angst vor den Deuten, die „auch bei der Firma“ waren, scheint groß zu sein.

Interpellation wegen der Werkspensionskassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpellation im Reichstage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß sich durch die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen- und Waisen-Kassen schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter ergeben haben?“

Ist der Herr Reichsanwalt bereit, durch eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Klassenleistungen den jütage getreueren Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu wahren durch die Berechtigung der Arbeiter auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Klassen auf Rückzahlung der Beiträge?“

Die Interpellation wird erst nach Ostern zur Beratung kommen.

Finanznot und Sparfameit in Württemberg. Im württembergischen Landtage gab es am Mittwoch eine große Debatte über die infolge der Finanznot besonders dringend gewordene Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltungen. Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Regierung eine Kommission eingesetzt hat, welche Vorschläge auf Vereinfachungen im Beamtenkörper ohne Rücksicht auf persönliche Interessen einzelner Stellen zu machen habe.

Für die Sozialdemokratie erklärte sich Genosse Dr. Lindemann mit dem Regierungsprogramm im großen und ganzen einverstanden. Die Gänzung der Instanzen in der Verwaltung müsse bekämpft werden. Dagegen wandte er sich gegen die Aeußerung des Ministers, daß man den Aufgabenkreis des Staates nicht erweitern solle. Die geschichtliche Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens stelle dem Staat und den Gemeinden immer weitere Aufgaben, was aber der Tendenz, die Verwaltung selbst so einfach und billig wie möglich zu gestalten, nicht im Wege zu stehen brauche.

Der Landtag nahm dann einstimmig eine von volksparteilicher Seite eingebrachte Resolution an, wonach die von der Regierung angeforderte Beamtenaufbesserung nicht eher eingebracht werden soll, ehe nicht eine im Sinne der Ersparnis erzielte Vereinfachung der Verwaltung in die Wege geleitet ist.

Bei der Beratung des Etats der württembergischen Gesundheitskassen in Berlin und München beantragte sodann die sozialdemokratische Fraktion, mit der Absicht der Ersparnis Ernst zu machen. Im einzigen Deutschen Reich brauchten die Minister keine Gesandten, um ihre Meinungen untereinander auszutauschen. Außerdem seien ja auch die Bundesratsvertreter zur Verständigung untereinander geeignet. Das Geld für die Gesundheitskassen könne man also sparen.

Der Ministerpräsident wandte sich hiergegen sehr entschieden, konnte aber nicht verhindern, daß die Gesundheitskassen in Berlin zwar bemittelt, die Gesundheitskassen in München aber gestrichen wurde. Dieser Beschluß des Landtages wirkte ganz liberaltend zumal die Streichung des Postens durch eine sehr große Mehrheit erfolgte. Nur das Zentrum und vereinzelte Liberale waren für die Aufrechterhaltung der Gesundheitskassen, während sich das Gros der Volkspartei, der Nationalliberalen und des Bauernbundes dem Antrag der Sozialdemokratie anschloß, für die sich diese Abstimmung zu einem Erfolge von prinzipieller Bedeutung gestaltete.

Städtische Fleischbänke — ein Vorbild für Breslau! Der Magistrat in Bamberg hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, gegen die familiären Metzger der Stadt, die sich zu einer Fleischpreiskampagne nicht verstehen wollen, trotzdem die Einkaufspreise für Schlachtwiehe verhältnismäßig niedriger geworden sind, energisch Front zu machen. Es sollen fünf Fleischbänke in der städtischen Fleischverkaufshalle, wenn sie von den Metzger nicht mehr beachtet werden, zum Verkauf von Fleisch den Viehhändlern, die selbst schlachten, gratis überlassen werden. Auch die städtische Fleischbank soll zu gleichem Zwecke eingeräumt werden. Für den Tag der Abschaffung unserer Schlachtmetzger müssen solche Maßnahmen in Erinnerung behalten werden.

Fromme Christen gegen die Sonntagsschule. In der Bischofsstadt Regensburg wollte die Stadtwaltung die Verkaufsstellen am Sonntag statt um 2 Uhr Mittags schon um 12 Uhr geschlossen haben. Die Mehrheit der frommen Kaufleute lehnte dies aber ab, und einer irrte sich die Unverschämtheit, zu sagen: „Für den Geldbeutel der Angestellten ist es besser, wenn sie nicht gutwillig ihre Zeit haben.“

Offiziers-Anlagen. Wie verlannt, wird im Reichsministerium eine Vorlage angearbeitet, welche eine Verengung der Anlagen bewirkt, die an Offiziere in besonderen Stellen besetzt werden. Die Vorlage soll dem Reichstage nach Ostern vorgehen und dann gemeinsam mit dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Offiziersgehälter beraten werden. — Dazu reichlich, für die Veteranen aber ist kein Geld da.

Zur Arbeitslosenversicherung. Im bayerischen Ministerium des Innern fand am 30. März eine von der Regierung einberufene Konferenz von Vertretern bayerischer Städte, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung befaßte. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge ein Ministerial für eine kommunale Arbeitslosenversicherung ausarbeiten lassen. Ein Vertreter der Industriellen erklärte, er müsse entschieden warnen vor allen Maßnahmen, die geeignet seien, die Sozialdemokratie zu stärken. In solchen „gefährlichen“ Maßnahmen sei auch die Einführung einer staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu rechnen.

Unzufriedene Zentrumswähler. Bei der Reichstags-Erwahl in Dürren-Filich haben, wie wir schon meldeten, die christlichen Arbeiter den Fürsten Salmo-Dud in der Person des Zentrumswahlleiters Heinrich Schaubrenner, des Vorsitzenden der christlichen Textilarbeiter, einen Gegenkandidaten entgegen gestellt. In einem Flugblatt erklären die Urheber der Sonderkandidatur, zumeist katholische Arbeiter, daß ein großer Teil der christlichen Arbeiter mit der Kandidatur des Fürsten nicht einverstanden sei; man sei den Arbeitern von Zentrumswahlleitern in höchst unglücklicher Form begegnet; durch die Gegenkandidatur wolle man dem Wahlkomitee des Zentrums beweisen, daß nicht nur einige Opponenten eine andere Kandidatur gewünscht hätten.

Um Einführung der geheimen Stimmabgabe bei Landtags- und Kommunalwahlen haben eine größere Zahl von Handwerker-Verbänden beim Abgeordnetenhaus petitioniert. Die Petitionskommission beschloß, die Ueberweisung der Petition als Material an die Regierung mit Rücksicht auf die bevorstehende Abänderung des Landtagswahlrechts.

Freude über einen neuen freisinnigen Unfall. Die „Schleier. Ztg.“ gibt ihrer Freude über den letzten freisinnigen Unfall in folgender Weise Ausdruck:

Am Schlusse der Reichstags-Sitzung am Dienstag ist über den sozialdemokratischen Antrag, welcher die Begrenzung der Militärausgaben zur See verlangt, abgestimmt worden. Dabei stimmte nur der Abgeordnete Raumann mit den Sozialdemokraten für den Antrag; alle anderen freisinnigen Abgeordneten, und auch diejenigen, die schon häufig in Wort und Schrift, auf Kongressen und in Zeitungsartikeln, für die Begrenzung der Flottenbauten eingetreten sind, stimmten gegen den Antrag. Namentlich die Abstimmung Raumanns ist lehrreich. Dieser ist bekanntlich in letzter Zeit mit seiner alten Forderung eines Zusammengehens der gesamten Flotten wieder hervorgetreten; er propagierte in mehreren Zeitungsartikeln für einen neuen Block „von Wasser- bis Wasser“. Jetzt hat er sich nun gezeigt, daß nicht einmal seine engeren Freunde aus der freisinnigen Vereinigung neben ihm stehen. Die Blockfreisinnigen werden natürlich wieder nachweisen, daß sie ihre früheren Grundsätze noch nie verleugnet haben.

Ausland.

Keine deutsche Pression auf Rußland. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die russische Regierung hat sich bekanntlich vor der jüngsten Demarche der Mächte in Belgrad bereits erklärt, auf Grund der türkischen Vereinbarung mit Oesterreich-Ungarn über die Annexion Bosniens und der Herzegovina der dadurch bedingten Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages ihre Zustimmung zu geben. — Trotz wiederholter gegentheiliger Feststellung in deutschen Blättern wird in einem großen Teil der ausländischen Presse die Fabel aufrecht erhalten, der Entschluß der russischen Regierung sei das Ergebnis einer „Pression“ Deutschlands gewesen. Es wurde sogar die groteske Behauptung aufgestellt, Deutschland habe „mit Mobilmachung gedroht“. Demgegenüber sind wir ermächtigt, den Vorgang authentisch und endgültig folgendermaßen festzustellen:

Da sich Rußland an die Spitze der friedlichen Einwirkung auf die serbische Regierung gestellt hatte, trat die kaiserliche Regierung in einer den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden Weise an letzteres mit dem Gedanken heran, der weiteren Aktion in Belgrad dadurch eine festere Basis zu geben, daß die Mächte einzeln durch Noten auf den ihnen von Oesterreich-Ungarn zu erkennen zu gebenden Wunsch ihre Sanction zur Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages auszusprechen sollten. Es sollte damit lediglich Serbien der Vorwand entzogen werden, seine Nachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die Haltung der Mächte gegenüber der Annexion zu begründen. Die Folge des Gedankenaustausches über die deutsche Anregung zwischen Berlin und Petersburg war die Zustimmung der russischen Regierung zu Deutschlands wohlgemeintem Vorschlag. Dessen durchaus freundschaftlichen Charakter und rein friedliche Tendenz richtig erkannt und bewertet zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst des russischen auswärtigen Ministers.

Diesmal verdient die „Nordd. Allg. Zeitung“ ausnahmsweise einmal Lob.

In Montenegro rumort es noch ein wenig. Der Postverkehr mit Cattaro ist unterbrochen. Ein Postautomobil ist trotz Passes bei der österrösischen Grenze zurückgehalten worden. Die Landbedürftigung ist noch immer kriegerisch gesinnt, unterläßt die Arbeit und besucht nicht den Markt. Ähnlich wird zwar bestritten, daß die Lage bedrohlich sei, doch wird die Anordnung von Vorsichtsmaßnahmen zugestanden.

Konflikt in Griechenland. Zwischen der Regierung in Athen und der Finanzkontrolle ist ein Konflikt ausgebrochen, da die Finanzkontrolle der von der Regierung gewünschten Verlesung des Goldbilletts, der einen Kaufmann geschlagen haben soll, erst nach Untersuchung des Falles zustimmen will. Die Kaufleute überließen zum Zeichen des Protestes die Gesandtschaften und überreichten dem Könige eine Eingabe. Diese wurde hart gerissen übergeben, da vor dem Schlosse ein heftiger Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Militär stattgefunden hat. Infolge dieser Vorgänge hat das gesamte Ministerium Theodoris dem Könige seine Entlassung eingereicht.

Beilegung des türkisch-französischen Zwischenfalles. Der französische Vizekonsul Constan erhielt vom jungtürkischen Komitee ein Schreiben, in welchem dieses ihm in dem mehrerwähnten Briefur enthaltenen Beleidigungen des Vizekonsuls zurücknimmt und sich Bedauern über den Zwischenfall ausdrückt.

Kolonialpolitik und Arbeiterkampf in Belgien. Die Deputiertenkammer in Brüssel nahm im Verlauf der Interpellation über die Zwangsarbeit im Kongo-Kauf mit Zustimmung des Kolonialministers eine Tagesordnung an, die als die nächsten Reden in der Kolonie verklärte Arbeitszeit, erhöhte Arbeitslohn, Zahlung in Geld, sowie Befreiung der Eingeborenen nur in ihrem Bezirk verlangt. Daraus wurde der Dienstag den 2. April als der Maximalarbeitstag für die Belgier in der zweiten Lesung mit 128 gegen 6 Stimmen angenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Matfester. Das Gewerkschaftsstatut in Stuttgart hat beschlossen, in Rücksicht auf die Kräfte und die ungünstige Position der Arbeiterklasse gegenüber den Ausperrungsgehilfen der Unternehmer für dieses Jahr von einem Matfester abzusagen. Für die Forderungen finden Vormittags-Verfassungen statt. Die Holzarbeiter haben die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen, die Metallarbeiter haben sie abgelehnt.

In Frankfurt a. M. haben Partei und Gewerkschaften beschlossen, auch in diesem Jahre die Arbeitsruhe am 1. Mai überall da durchzuführen, wo keine ernstlichen Konflikte zu befürchten sind. Vormittags-Verfassungen werden nach Bedarf einberufen. Der Beschluß des Nürnberger Parteitages, daß die Genossen, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abgeben sollen, wird durchgeführt. Die eingehenden Beiträge werden, soweit sie nicht für sofort veranlaßt werden müssen, als besonderer Fonds angelegt. Eine gemeinsame Sitzung des Wahlvereinsvorstandes, des Gewerkschaftsstatuts und der Vorstände der verschiedenen Gewerkschaften zu Stuttgart lehnte eine vom Parteivorstand eingebrachte Resolution ab, die besagt, daß für die diesjährige Matfester eine Propaganda für Arbeitsruhe nicht erfolgen könne. Anstatt des bisher üblichen Ausmarsches am Morgen soll eine Versammlung abgehalten werden.

Ein Budgetstreit in der Gemeinde. In Frankfurt am Main hat die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion in namentlicher Abstimmung den städtischen Etat genehmigt. Genosse Bickowski gab namens der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten wohl für den Etat stimmen würden, daß aber diese Zustimmung keineswegs ein Vertrauensvotum für den Magistrat oder die Stadtverordneten-Versammlung sein solle. Genosse Bickowski erklärte auf dieser Abstimmung in der „Frankf. Volksstimme“:

Das Votum der sozialdemokratischen Fraktion wird zweifellos wieder eine Erörterung der Budgetfrage auslösen, obwohl unseres Erachtens diese Budgetzustimmung mit der unserer Parteigenossen und badischen Genossen im Landtage nicht in Parallele gestellt werden kann. Bei den Parteierörterungen über die Budgetfrage hat man immer einen Unterschied gemacht zwischen dem Staatsbudget und dem Gemeindefbudget und selbst Kautsky hat u. M. in seinen Darlegungen über die Budgetfrage angegeben, daß die Zustimmung zu einem Gemeindefbudget auf wesentlich anderen Voraussetzungen basiere. Die bekannte Nürnberger Parteitagsresolution befaßt sich deshalb auch lediglich mit dem Staatsbudget und seiner Bewilligung oder Verneinung. Es hat sonach auch die Erörterung über die prinzipielle Seite der Frage auszuscheiden, denn es handelte sich bei der Zustimmung zu diesem Etat nicht um die Wahrung eines Prinzips, sondern lediglich um eine Frage der Taktik. Wenn die Frankfurter sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in ihrer großen Mehrheit dem Etat in aller Form zugestimmt hat, so hat sie damit nichts anderes getan, als was viele sozialdemokratische Gemeindevorsteher in anderen Städten bisher stillschweigend auch getan haben. Die niedrigsten sind uns bisher — mit Ausnahme von Berlin — keine sozialdemokratischen Gemeindevorsteher aus anderen Städten bekannt, die den Etat prinzipiell abgelehnt hätten. Vielleicht hat die Abstimmung der Frankfurter Genossen die Folge, daß nunmehr auch die Frage der Budgetbewilligung für die Gemeinden einmal prinzipiell erörtert wird. In Nürnberg und auch bei anderen Gelegenheiten ist man um diese Erörterung herumgegangen.

Im Gegensatz zu dieser Begründung steht folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Mitglieder der Redaktion halten nach der Lage der Dinge in Frankfurt a. M. die Ablehnung des städtischen Etats für geboten und stimmen deshalb mit der gestrigen Haltung der Stadtverordnetenfraktion nicht überein.

Quart. Quint. Wendel, Wittlich. Richtig ist jedenfalls, daß bisher kein Parteibeschluß vorliegt, welcher den Genossen die Ablehnung des städtischen Etats zur grundsätzlichen Pflicht macht. Das würde auf der Partikulation in Frankfurt und Nürnberg anerkannt. In Dresden stimmten und stimmen die sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen den Etat, weil derselbe zum erheblichen Teil auf Nachtragsmitteln basiert ist.

Beleids Rhonogramm. Die Idee, Bebel'sche Reden im Gramophon festzuhalten, hat nicht die Zustimmung Bebel's gefunden. Ein Genosse in Danzig, der Bebel auf den von einem Genossen Depner in einer Parteizeitung angeregten Vorschlag aufmerksam machte, erhielt folgende Antwort von Genossen Bebel: „Berlin, 23. 3. 1909. M. G.! Die Depner'sche Idee, von der Sie mir schreiben und die mir bisher nicht bekannt war, ist nicht mein Wunsch. Aber so weit bin ich noch nicht, einzuweichen, hoffe ich noch immer wieder so weit gehen zu werden, daß ich in der älteren Weise reden kann. Mit den besten Grüßen A. B.“ Wir teilen den Wunsch des Genossen Bebel aus Wärme mit.

Sozialdemokratischer Gemeindevorsteherwahl. In dem pfälzischen Städtchen Lambrecht fand am 29. 3. 1909. Stadtratswahl statt. Die Auszählung der Stimmen ergab den Sieg der sozialdemokratischen Liste; damit hat die Sozialdemokratie die absolute Majorität — 16 von 31 Stimmen — im Lambrecht'schen Stadtparlament erhalten. Vom Bezirksamt Neustadt war die Wahl des Bürgermeisters und der beiden Stellvertreter des Bürgermeisters nach Beendigung der Stimmenauszählung anberaumt worden. Das Resultat war, daß Genosse Carl Wittich zum Bürgermeister, Dag (Zentrum) zum 1. Adjunkten und Genosse Schloffer zum 2. Adjunkten gewählt wurden. Lambrecht ist somit der erste Ort in der Pfalz, in dem das Amt eines Bürgermeisters durch einen Sozialdemokraten besetzt ist.

Der sozialdemokratische Wahlsieg ist insofern von allgemeiner Bedeutung, als es gerade die liberalen Nachbarkantone — in Lambrecht herrscht die Textilindustrie vor — waren, die durch ihre Amtsindeberlegung und die damit notwendig gewordene Ersatzwahl einen Schlag gegen die Sozialdemokratie führen wollten; ihre energische Bekämpfung der Sonderinteressen der Unternehmerklasse hätte in Mitleid bei der Bevölkerung gebracht werden. Eine scharfe Kritik an die Geschäftshandhabung des bisherigen liberalen Bürgermeisters durch einen unserer Parteigenossen gab Anlaß zu der Amtsindeberlegung der liberalen Stadträte. Insofern, daß sich die Bürgererschaft — wie von jener Seite erwartet wurde — nun auf die Seite der liberalen Partei stellte, was das Gegenteil ist: die Wähler votierten für die Sozialdemokratie. Die Liberalen brachten noch nicht einmal einen Wahlvorschlag zusammen, und ihre Bemühungen um Wahlhilfe durch das Zentrum waren vergebens. Das Zentrum hatte Wahlenthaltung proklamiert.

Die Wahl des Bürgermeisters und der beiden Adjunkten unterliegen der Bestätigung durch die Regierung.

Parteiengenossen und Genossinnen!

Agitiert unangeseht für die Parteiorganisation, den sozialdemokratischen Verein. In Breslau gehören 22.000 Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften an, aber nur 600 dem sozialdemokratischen Verein. Gewerkschaften und Partei sollen eins sein. Doch sind wir weit davon entfernt. Sorgen wir dafür, daß die Ueberzeugung von der unabdingbaren Notwendigkeit der politischen Organisation immer mehr an sich greift.

Einein in die Parteiorganisation!

Genossenschaftlicher Arbeiter-Verein, 1909. — Redaktion und Expedition: Postfach 100. — Verlag des Oester. Volks- und Druck-Verlags-Gesellschaft. — Druck von J. G. Schöner. — Preis 2 Pfennig.

Sonnabend den 3. April 1909.

Zeppelin I vom Münchener Landungsplatz abgetrieben.

Die lange vorbereitete Fernfahrt Friedrichshafen-Mannzell ist gestern Nacht vom Reichsluftschiff „Z 1“ ausgeführt, aber nicht vollendet worden. Die gestrige Dürchbruch-Neigung entsprach nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit ist es dem Grafen Zeppelin nicht gelungen, auf der Theresienhöhe, wo der Prinz-Regent Luitpold, Prinz Ludwig von Bayern und eine ungeheure Menschenmenge den Luftballon erwarteten, zu landen. Ein heftiger Südwestwind trieb den „Zeppelin I“ nach Oberföhring. Das Reichsluftschiff fleg um 11 Uhr Morgens in Mannzell auf. In der Gondel befanden sich außer dem Grafen und dem Major Sperling noch sieben Personen. Die Fahrt ging trotz bedeckten Himmels und heftigen Windes glatt von statten. Gegen 1/2 9 Uhr wurde der „Z 1“ über München gestrichelt.

Ueber die Ankunft des Reichsluftschiffes über der Theresienhöhe in München und den Kampf des Luftballons mit den widrigen Winden liegen folgende Telegramme vor:

München, 1. April. In der Oberwiesenfeld, wo die Landung Zeppelins erwartet wird, und auf der Theresienhöhe, hat sich, trotz des recht unfreundlichen Wetters, schon bei Morgenrauen eine gewaltige Menschenmenge eingefunden. Die Münchener Zeitungen hatten die bevorstehende Ankunft des Luftschiffes am Abend vorher durch Extrablätter angekündigt, und die Spannung war sehr groß. Die Luftschiffabteilung hatte alle Vorkehrungen getroffen, auch für Gäste...

München, 1. April, 11 Uhr Vormittags. Der „Zeppelin I“ hat um 8 1/2 Uhr die württembergisch-bayerische Grenze bei Babenhausen überflogen und nahm dann seinen Weg über Landsberg, wobei er dem Bahngleise Kaufering-München folgte. In Oberwiesenfeld war in einem Umkreise von vier Kilometern durch einen militärischen Korps das Terrain des Greizerplatzes abgesperrt. Um 8 1/2 Uhr wurde gemeldet, daß der „Zeppelin I“ über Oberwiesenfeld fliehe. Um 8 Uhr 40 Min. kam er auf Oberwiesenfeld in Sicht und man konnte beobachten, daß der Ballon trotz des starken Windes ta dellose Manöver über dem Areal der Theresienhöhe ausführte, die er in ziemlicher Höhe unternahm. Hierauf ließ sich der „Z 1“ gegen den Süden der Stadt treiben und so, wie es beabsichtigt war, unter dem Winde des Greizerplatzes Oberwiesenfeld überqueren, hierauf eine Schleife machen und gegen den Wind auf einem in der Mitte des Greizerplatzes durch eine eichschlagge angedeuteten Pfad landen.

Der Prinzregent fand sich in der Luftschiffabteilung ein und hatte die Absicht, im Falle einer Landung Graf Zeppelin und seine Begleitung zu einem Frühstück einzuladen. Der immer stärker werdende Wind trieb aber den Ballon zuerst über einen Teil der Altstadt hinweg, über den Zerningergarten hinaus und über den Strand des Greizerplatzes. Der Ballon trieb immer mehr nach Osten.

Um 10 1/2 Uhr erhielt die Mannschaft des Militärkorps den Auftrag, die Abzweigung aufzugeben und in die Kasernen abzurücken. Der Ballon befindet sich zwar augenblicklich nur zwanzig Kilometer nördlich von dem in Aussicht genommenen Landungsplatz, aber entfernt, zwischen Freising und Erding, wird aber zusehends immer weiter abgetrieben. Der Wind verstärkte sich gerade in den wenigen Minuten zwischen der allgäuernden Parade vor dem kal. Hofe auf der Theresienhöhe und dem um drei Kilometer entfernten Landungsplatz auf dem Oberwiesenfeld. Doch war es dem Luftschiff trotz verschiedener Manöver unmöglich, diesen zu erreichen. Abwärts fliegen und Luftschiff in Autonomobil und auf der Verfolgung des Ballons begreifen. Die Anstrengung in der Bevölkerung ist groß. Gänzlich ausgeschlossen ist, sobald der Wind etwas nachläßt, eine Wiederannäherung an die Stadt nicht. Wahrscheinlich wird aber eine Landung an anderer Stelle erfolgen. Die Heimkehr nach Mannzell wird wegen des ungemessenen Windes großen Schwierigkeiten begegnen.

München, 1. April 12 Uhr. Einen aufregenden ersten April wie den heutigen hat München noch nicht erlebt. Ganz München, soweit es nur irgendwie die Berufspflichten auf eine spätere Stunde von sich abwerfen konnte, war schon in den frühesten Morgenstunden auf den Beinen. Eine tohrende Wollwanderung ergoß sich nach der Theresienhöhe und dem Greizerplatz Oberwiesenfeld. Als gegen 7 Uhr die ersten Nachrichten von dem Eintreffen Zeppelins bekannt wurden, wurde die

Spannung von Minute zu Minute größer. Inzwischen erschien auch der Regent mit den Mitgliedern des königlichen Hauses am Fuß der Theresienhöhe. Graf Zeppelin zu begrüßen. Eine Anzahl von Berufs- und Amateurphotographen hatte sich auf den an die Theresienhöhe grenzenden Höhen postiert, auf den Höhen der umliegenden Häuser hatten hunderte von Zuschauern sich platziert. sämtliche Kirchtürme Münchens sowie der Rathausurm waren ebenfalls gepöpst voll von Menschen. Wenige Minuten nach 9 Uhr, also sehr pünktlich, tauchte das Luftschiff majestätisch langsam in einer Höhe von etwa hundert Metern einherziehend, hinter der Bavaria und dem Lustgartenplatz auf. Als die ersten Wollwänder erschienen, brach das Publikum in einen unbegreiflichen Jubel aus. Tausende von Taschentüchern winkten den Luftschiffen ein herzlich Willkommen zu. Allgemeine Bewunderung erregte der ungemein prächtige Bau des Luftschiffes. Das Surren der Propeller war deutlich vernehmbar. „Zeppelin“ machte zuerst eine Wendung gegen das Stadtinnere zu. Das Publikum stürmte hinter dem Luftschiff drein. Auf dem Oberwiesenfeld war ein zahlreiches Militärangebot bereit und bildete für die eventuelle Landung einen starken Korps.

München, 1. April, 12 Uhr 55 Min. Um 12 1/2 Uhr nahm der Ballon von Landsberg ab wieder die Richtung nach Moosburg und München. Es ist aber immer noch sehr zweifelhaft, ob eine Landung beabsichtigt ist, oder ob er in direkter Linie die Heimkehr gewähren will.

Landshut, 1. April. Das hiesige schwere Meierregiment landete, als das Luftschiff über Landshut erfuhr, 3 Eskadronen dem Luftschiff nach der Münchener Au bei Landshut entgegen. Graf Zeppelin warf ihnen dort aus dem Luftschiff eine Postkarte folgenden Inhalts zu: „Liebe Kameraden! Herzlichen Dank. Bitte in der Nähe zu bleiben, bis der Wind nachläßt und ich wieder nach München reise. Gruß Graf Zeppelin.“ Von Landshut wurde das Luftschiff etwas weiter nördlich in der Richtung Landau abgetrieben.

Die Landung.

München, 1. April, 3 Uhr 10 Min. Der Ballon ist einige Minuten nach 3 Uhr in der Nähe von Niederwiesbach bei Würth a. d. Isar in Niederbayern glücklich gelandet.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Kostümschneider und -Schneiderinnen Berlins hat bei seiner kurzen Dauer von sechs Tagen mit einem guten Erfolge für die Streikenden geendet. Es ist eine Einigung dahin zustande gekommen, daß die Minimallohne wesentlich erhöht werden. Die Lohnzulagen, die die Mehrzahl der Arbeitergehälter zu machen haben, bewegen sich in einer Höhe von 3 bis 4 Mk. pro Woche. Der neue Tarifvertrag soll noch im Laufe der Woche vor dem Gewerbeamt unterzeichnet werden; er tritt dann mit dem 1. April in Kraft.

Genau ist der Streik der Damenschneider und -Schneiderinnen in Wiesbaden, der beinahe zu einer Ausbreitung aller in Deutschland in Schneidergewerbe Beschäftigten geführt hätte, erfolgreich beendet worden.

Aus der Praxis des Reichsvereinsgesetzes. In Neu-Weißdorf bei Bittau erschien in einer Holzarbeiterversammlung, in der ein Referat mit dem Thema: „Wer vertritt die Interessen der Holzarbeiter?“ auf der Tagesordnung stand, ein überwachender Beamter. Er wurde aufgefordert, den Saal zu verlassen, leistete diesem Erlauchen jedoch nicht Folge. — Man beschloß, Beschwerde hiergegen einzulegen und hob die Veranlassung auf. Nach zehn Minuten berief man eine Mitgliederversammlung mit demselben Thema ein; hierauf entsetzte sich der Beamte.

Der erste Tarifabschluß im Tabakgewerbe im 3. Gau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Westfalen, Lippe, Waldeck) ist am 30. März abgeschlossen worden und tritt am 1. April in Kraft. Vertragschließende sind die Tabakarbeiter-Gesellschaften in Burg Steinburg und der Deutsche Tabakarbeiter-Verband. Der Vertrag läuft immer auf ein Jahr. Die in der Monatsabrechnung beschäftigten Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 40 Pf., während Privatunternehmer vielfach 20 Pf. zahlen. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, Sonnabends 8, also 53 Stunden die Woche. Die Akkordlöhne sind um bedeuend höher als in der Privatindustrie. Außerdem zahlt die Genossenschaft die ganzen Bei-

träge zur Invaliden- und Krankenversicherung. — Weitere Tarifabschlüsse stehen in Aussicht.

Der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt am 29. und 30. März in Kassel seine 10. Generalversammlung ab, und zwar unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit; wir sind aber trotzdem in der Lage, über den Verlauf der Verhandlungen berichten zu können.

Baurat Felsch, der Bundesvorsitzende, gedachte des zehnjährigen Bestehens des Bundes, der in den zehn Jahren von 2000 auf 22.000 Mitglieder angewachsen und ein „starker Mann“ geworden sei.

Baurat Felsch, der Bundesvorsitzende, gedachte des zehnjährigen Bestehens des Bundes, der in den zehn Jahren von 2000 auf 22.000 Mitglieder angewachsen und ein „starker Mann“ geworden sei. Baumeister Gueter-Verlin berichtete über den Abschluß eines Kartellvertrages mit den Tiefbauunternehmern, der auf der Grundlage abgeschlossen wird, daß die Tiefbauunternehmer sich verpflichten, an den Orten, wo sie arbeiten, keine höheren Löhne als die in dem Vertragsort üblichen zu zahlen. Außerdem soll dahin gestrebt werden, für ausländische im Tiefbau beschäftigte Arbeiter einen geringeren Lohn zu zahlen, als der ortsbewohnten Arbeitern. Dagegen wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß diese Arbeiter zu 90 Prozent noch unorganisiert und nicht so leistungsfähig sind, wie die Deutschen.

Auf Anregung des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes wurde beschlossen, sich dem Verein der deutschen Arbeitgeberverbände anzuschließen, aber nur mit 100.000 Arbeitern, weil man dadurch 3000 Mark pro Jahr sparen kann. (1)

Zur Erledigung der Vorarbeiten für die 1910 abzuschließenden Tarifverträge wurde eine Kommission eingesetzt. Baurat Eide-Weipzig sagte als Referent, er sei nur für den Abschluß eines Tarifvertrages, wenn er den Arbeitgebern Wünschen entspreche.

Einmütig wurde eine Protestresolution gegen den Arbeitskammeraustausch angenommen, und der Bundesvorstand beauftragt, kein Reichstag und Bundesrat persönlich vorstellig zu werden, um die „drohende Gefahr“ abzuwenden. Referent, Generalsekretär Nielsen, meinte: „Was brauchen die Arbeitgeber Arbeitskammeraustausch? Die Arbeiter hätten sich in den Gewerkschaftsvereinen Vertretung geschaffen, was vollständig genügt wäre.“

Baurat Felsch sprach sich in einem Referat energisch gegen die Einstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande aus und rühmte sich, daß er im preussischen Abgeordnete die „drohende Gefahr“ abgewendet habe. Auf Vorschlag von Lusche-Frankfurt a. M. wurde beschlossen, dem Reichstagen, den Einzelanträgen und den Stadtverwaltungen nationales Material zugehen zu lassen, das gegen die Zweckmäßigkeit der Baukontrolleure und dafür sprechen soll, daß die meisten Unfälle von den Arbeitern verursacht werden.

Endlich wurde dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Verbänden empfohlen, den Arbeitsnachweis für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auf unparteilicher Grundlage bis zum 1. Januar 1910 zu errichten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. April.

Geschichtskalender.

3. April.

- 1682 Der spanische Maler Murillo †.
- 1849 Friedrich Wilhelm IV. von Preußen lebt die angebliche deutsche Kaiserkrone, die von „Dred und Letten“, ab.
- 1897 Der Komponist Johannes Brahms †.

* Fort mit der Schundpresse! Nicht nur das wohlverstandene eigene Interesse, sondern auch die Selbstachtung müßte der Arbeiterin gebieten, die billige bürgerliche Sensationspresse zu meiden wie die Pest. Die Unparteilichkeit ist ihr nur Maske. In Wirklichkeit ist sie die getreue Dienerin der herrschenden Klassen. So kommt es, daß sich in den Blättern dieser Presse zuweilen nicht nur verdeckte, sondern ganz offene, schamlose Verunglimpfungen der Arbeiterklasse finden, die jede denkende Arbeiterin mit flammender Empörung erfüllen müßten. Oder ist es etwa nicht freche Verhöhnung aller Tatkraften, wenn zum Beispiel

Aus aller Welt.

Das Luftschiff als Verkehrsmittel. Auf eine Anfrage wegen der Erbauung einer Luftschiffhalle in Stuttgart hat Graf Zeppelin erwidert, daß schon in nächster Zeit Versuche ausgeführt werden, die Zeppelinschen Luftschiffe dem Verkehr dienstbar zu machen. Wenn diese Versuche, die zunächst zwischen den Großstädten am Rhein angestellt werden, von Erfolg begleitet sein würden, werde auch Stuttgart als Luftschiffhafen in Frage kommen.

Schlankenkampf im Materateller. Die Stätte eines aufregenden Kampfes war das Atelier des Malers Professors Julius Kraut in der Hohenpostenstraße in Berlin. Der Künstler hatte die Absicht, die Schlankenkämpferin Madiab Souritz in seinem Atelier mit der Schlange zu malen. Die Dame, eine Kaufmannsweib, erschien auch Vormittags und mit ihr ein Diener, der in einer großen Kiste die über vier Meter lange Boa constrictor mitbrachte. Das Tier, das von dem Anblick des Malers verwirrt wurde, richtete sich sofort, als ihr Gefäß geöffnet wurde, gegen den Diener auf und griff ihn an. Der Kämpferin gelang es aber, das Tier wieder zu beruhigen, und die Sitzung begann. Die Dame hielt dabei die Schlange über den Kopf und verfolgte alle Bewegungen des Tieres. Plötzlich riß sich die Schlange los und schnellte blitzschnell hinter einen Vorhang. Schließlich gelang es Professor Kraut, seine Kniee auf den Kopf des wütenden Tieres zu drücken, während der Diener das Tier am Schwanzende festhielt. Die Kämpferin mußte dann mit einer Schere den Körper der Schlange aus dem völlig zerfetzten Vorhang befreien, worauf es schließlich gelang, das Tier wieder in seinen Käfig zurückzutragen.

Eine Magäre. Als in Cleve eine Ehefrau von einem Ausgang nach Hause zurückkehrte und ihren dreijährigen Knaben statt in der Wohnung, wo er bleiben sollte, auf der Straße spielend antraf, schlug sie das Kind so lange mit einem ledernen Schieflarmriemen, bis es kein Lebenszeichen mehr vor sich gab. Nur mit Gewalt konnten die Weges kommende Arbeiter die Mutter von ihrem Opfer zurücktreiben.

Gehorsamsverweigerung bei der Soldatenschinderei. Aus Brandenburg a. S. wird berichtet: Nach einer größeren Marschübung ließ der Hauptmann Unteroffizier Bartels vom Brandenburgischen Füsilierregiment Nr. 5 die Rekruten auf dem Kaiserhofe den Präsentiergang üben. Der Füsilier-Fleischer machte die Griffe nicht zur Zufriedenheit des Hauptmanns nach und während die übrigen Rekruten ihre Stüben aufstachen dursteten — die Übung fortlie. — Dadurch geriet der Rekrut in solche Erregung, daß er schließlich dem Hauptmann sein Gewehr mit den Worten hin-

hielt: „Hier haben Sie mein Gewehr, zum Donnerwetter, glauben Sie, daß mich der Dienst nicht schon genug anstrengt!“ Wegen Gehorsamsverweigerung und Ungehorsamkeit wurde unter dem Gewehr wurde der Rekrut vom Kriegsgericht der 6. Division am 29. v. M. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er erklärte, daß er gegen dieses Urteil Berufung einlegen werde.

Todesurteil. Auf dem Hofe des Landgerichts in Gagen ist der wegen Lustmordes zweimal zum Tode verurteilte Waldarbeiter Heße hingerichtet worden.

Vom Fahrstuhl erschlagen. In der Dampfziegelei in Weidmannslust bei Berlin hatte der 40jährige Arbeiter Weidand auf einem Lastenfahrstuhl Badsteine nach unten befördert. Während der Arbeit verlor er plötzlich die Mechanik und W. begab sich nach dem Schacht hinunter, um der Ursache auf den Grund zu gehen. Vergeblich suchte er bei den Sanierungen dem Kabel zu nahe und dadurch wurde der Fahrstuhl in Bewegung gesetzt. Der schwere Tragekorb stürzte auf beträchtlicher Höhe in den Schacht hinab und stürzte auf W. Der Unglückliche wurde vollständig zermalmt.

Ein Petroleumdampfer in die Luft geflogen. Auf dem französischen Petroleumdampfer „Jules Henri“ erfolgte infolge Entzündung von Petroleumgasen eine Explosion. Das Fahrzeug wurde zum größten Teil zerstört. Die an Bord befindlichen Personen sind entweder umgekommen, oder schwer verletzt worden. Bisher wurden sechs gräßlich verstümmelte Leichen und zehn schwer Verletzte geborgen.

Die erste elektrische Eisenbahn. In Bezug auf die Einrichtung elektrischer Zugförderung auf der Strecke Dessau-Bitterfeld wird in den Anlagen zur Begründung des Sekundärbahngesetzes bemerkt: Die elektrische Zugförderung war bis vor kurzem für Rollbahnen im Güterverkehr zu kostspielig. Ihr Anwendungsgebiet erfuhr eine gewisse Erweiterung durch die Einführung des Drehstroms, der jedoch einen wirtschaftlichen Betrieb nur bei wenigen bestimmten Geschwindigkeiten gestattet, was seine Verwendbarkeit sehr einschränkt. Erst in den letzten Jahren ist eine neue Betriebsform der elektrischen Zugförderung entwickelt worden, die den Anforderungen des Eisenbahnbetriebes im weitesten Umfange zu genügen vermag. Sie bedient sich der einfachsten Art des elektrischen Stromes, des sogenannten empfindlichen Wechselstromes, und gestattet, elektrische Leistung mit sehr hoher Spannung und daher in praktisch fast unbegrenzter Größe auf weite Entfernung zu übertragen und den Triebfahrzeugen durch eine einfache oberirdische Kabelleitung, ähnlich wie bei Straßenbahnen,

zuzuführen. Auch können Triebmaschinen verwendet werden, die sich in vollkommenster Weise den wechselnden Bedingungen des Bahnbetriebes anpassen.

Gegenüber dem Dampftrieb hat die elektrische Zugförderung eine Reihe von Vorzügen, die teils auf wirtschaftlichem, teils auf betrieblichem Gebiet liegen. Als solche sind anzusehen: geringeres Gewicht der Antriebsvorrichtungen, wesentliche Ersparnisse an Brennstoff bei gleicher Leistung, die Möglichkeit, Wasserkräfte und minderwertige Brennstoffe nutzbar zu machen, Müdigung von Arbeit auf Gefällen, womit unter Umständen eine ansehnliche Ersparnis an Brennstoff und eine wesentliche Verminderung der Abnutzung der Räder und Schienen verbunden ist, geringere Unterhaltungskosten der Triebfahrzeuge, geringere Aufwendungen für Fahrmannschaft, da elektrische Triebfahrzeuge nur mit einem Mann besetzt zu werden brauchen, geringere Abnutzung der Triebfahrzeuge und daher geringere Verschleißkosten des Oberbaues. Dazu treten Ersparnisse durch den Wegfall der Kohlenlager, Gasanstalten und besondere elektrisierende Werke zur Beleuchtung der Bahnhöfe und Werkstätten. Auch ist es möglich, den Lokomotivbestand wegen der kürzeren Betriebsaufenthalte besser auszunutzen, und endlich läßt sich die Betriebsfähigkeit verbessern, indem die Züge zur Streckensicherung herangezogen werden. Besondere Bedeutung würde der Übergang zum elektrischen Bahnbetrieb in größerem Umfange dadurch gewinnen, daß dann an vielen Stellen elektrische Arbeit zu geringem Preise verfügbar wäre, was wieder zur Förderung der Landwirtschaft und Großindustrie sehr beitragen würde. Alle diese Umstände ließen es für die Verwaltung der preussisch-hessischen Staatsbahnen als eine unabweisbare Pflicht erscheinen, die Einführung der elektrischen Zugförderung mit Nachdruck zu betreiben. Die bereits seit mehreren Jahren durchgeführten Vorarbeiten können jetzt als abgeschlossen gelten, nachdem eine große Anlage, die Stadt- und Vorortbahn Wannensee-Ohlsdorf die Brauchbarkeit des Schiebes mit empfindlichem Wechselstrom bewiesen hat.

Die außerordentliche Bedeutung der Eisenbahn für die Landesverteidigung allein gebietet eine beträchtliche Zurückhaltung bei Einführung der elektrischen Zugförderung, weil sich noch nicht genau übersehen läßt, inwiefern die neue Betriebsart den militärischen Anforderungen zu genügen vermag. Deshalb will man sich, bis man darüber durch längere Erfahrungen ein Urteil gewonnen hat, auf Strecken beschränken, die nicht von ausnahmsweise wichtigen Eisenbahnen für die Landesverteidigung sind. Als solche wurde im Eisenbahnen mit der Staatsverwaltung die Strecke Magdeburg-Bitterfeld-Weipzig-Galle für die erste Ausführung einer elektrischen Zugförderunganlage gewählt, und von dieser wieder die Teilstrecke Dessau-Bitterfeld.

Die Deutschen Nachrichten in Nr. 17 ihrer Unterhaltungsbeilage „Die Frau“ allen Ernstes die Behauptung aufstellen und zu begründen unternehmen, unsere Proletarierkinder erzogen ihre Kinder zur Genusssucht? Wo sind die Arbeiterkinder, die ganze Pfunde Obst, Flaschen mit Kakao, Kaffee, Milch oder Bier, umfangreiche Wurst- und Schinken-Diensten, die nicht bewässert werden können und einfach fortgeworfen werden, als Schulfreischuld mitbekommen? Aber auch die Erwachsenen schlammten und prassen, daß es eine Art hat, beauptet jener Artikel. Die ersten algerischen Kirschen, die ersten und die letzten Trauben, Apfelstücken, Bananen und dergleichen kauft — der Arbeiter, und ein Sonntag-Nachmittag ohne Kuchen und Schlaglabne würde eine schwere Entbehrung bedeuten. Daher dann auch die Ansprüche der modernen Waise und Aufwartefrau, von den Fräulein Dienstmädchen garnicht zu reden. Und in dieser Tonart geht es weiter. Nicht nur mit Verehren, auch mit Fug und Tadel, und nicht zuletzt mit Vergnügungen, Restaurationsbesuchen usw. würde die Arbeiterjugend verschont und überhäufig. Klavierunterricht gelte in diesen Kreisen als unerlässlich für ein besseres Fortkommen. Wenn unsere Volksschulkinder häufig schon „nerbös“, „berzfrant“ u. a. sind, so ist daran schuld nicht die Schule und Ueberarbeitung, sondern gerade die allzu reichliche Freizeit und ihre verkehrte Ausfüllung, nicht die schlechte, sondern die verkehrte Ernährung, nicht der Mangel, sondern das Uebermaß an vergnügten Stunden. Nicht Armut und Elend, sondern die anergogene Sterblichkeit die heranwachsende Jugend auf die Pfode des Pestfers und Verbrechens. Mühen behauptet die Verfasserin des Artikels schließlich noch, daß sie kein zu frohes, sondern eher ein zu mattes Bild der wirklichen Verhältnisse gegeben habe.

Solche Folgen kann nur der Doh gebären. Tausende und Abertausende von Arbeitern, Familienvätern hat die Kräfte brotlos gemacht, viele, viele Tausende arbeiten bei verminderter Arbeitszeit und verkürztem Lohn, die überhöhte Teuerung aller Lebensmittel zwingt die Arbeiterkassett seit langem, alle Ausgaben auf das äußerste einzuschränken, die Schulärzte klagen übereinstimmend darüber, daß die große Mehrzahl der Arbeiterkinder nicht ausreichend ernährt wird. Und nun sollen die Arbeiterin den erschütternden Tatsachen des Massenelends, die sich ihr täglich und stündlich aufdrängen, die unverstörten Verdrehungen und Verleumdungen der „Deutschen Nachrichten“ gegenüber. Wahrscheinlich, auch der unausgesprochene Arbeiterin müßte dieses Musterdrama abgrundtiefer Prehverlogenheit die Augen darüber öffnen, daß sie ihren und ihrer Klasse bittersten Feinden Vorwand leisten, wenn sie Klättern dieses Schlages nicht ein für allemal den Rücken kehrt.

Arbeiterinnen! Märi eure Kolleginnen über den wahren Wert dieser Schandpresse auf, die ihnen nicht nur — um ein Wort Ferdinand Lassalles zu gebrauchen — täglich und stündlich den geistigen Tod aus tausend Röhren kredenzte, die sie ebendrei noch beschimpft und verhöhnt. Bekämpft ihren vergiftenden und verblummenden Einfluß, wo ihr könnt, indem ihr werbt und agitirt für eure Presse, eure treue Mitarbeiterin im Kampfe für eine bessere Zukunft! Agitirt unermüdet für die „Vollwacht“.

Leihhalle, Volksbibliothek, Volkstraubebad, Nähstube, Kinderkrippe und Spa. Kassennebenstelle für die Nikolai-Vorstadt.

Der Stadtverordneten-Versammlung, die am Montag Nachmittag 4 Uhr eine außerordentliche Sitzung abhält, unterbreitet der Magistrat nunmehr den Antrag, das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige unbebaute Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 101 zur Errichtung eines neuen Geschäftshauses für eine Sparkassen-Nebenstelle, enthaltend zugleich eine Volksbücherei nebst Lesehalle, ein Volkstraubebad für Männer und Frauen und außerdem eine Näh- und Flickstube und eine Kinderkrippe nebst Mütterberatungsstelle zu benutzen und die Kosten des Neubaus aus den Mitteln der Sparkasse zu entnehmen.

Am 15. Oktober hatte die Versammlung dem Anlauf des Grundstücks Friedrich-Wilhelmstraße 101 im Flächeninhalt von etwa 1148 Quadratmeter um Preise von 57.000 Mark und ferner eines Stückes Hinterland des Nachbar-Grundstücks Friedrich-Wilhelmstraße 99 im Flächeninhalt von 472 Quadratmeter zum Preise von 20 Mark für den Quadratmeter aus Mitteln der hiesigen Sparkasse zugesamt. Auf der Grundfläche des Gesamtgrundstücks wird es nach dem vorliegenden Bauplan möglich sein, außer der Sparkassen-Nebenstelle, dem Volkstraubebad und der Volksbibliothek nebst Lesehalle, noch eine Näh- und Flickstube und eine Kinderkrippe nebst Mütterberatungsstelle in der Art unterzubringen, daß jede Anstalt für sich besteht und Störungen aus dem Betriebe der anderen nicht eintreten können.

In welcher Weise die Bauausführung im einzelnen geschehen soll, ist aus einem Bauentwurf zu ersehen.

Das an der Friedrich-Wilhelmstraße gelegene Vorderhaus ist bestimmt, im Erdgeschoß die Sparkassen-Nebenstelle nebst einer Treoranlage, im ersten Stock die Lesehalle und Volksbücherei, im zweiten Stock die Näh- und Flickstube und im dritten Stock zwei Dinerwohnungen aufzunehmen. In dem weithin gelegenen Seitenhause soll die Kinderkrippe nebst Mütterberatungsstelle, in dem mittig gelegenen Seitenhause das Volkstraubebad untergebracht werden. In dem Untergeschosse des westlichen Hinterhauses ist noch eine Ausgabestelle für Kinderwäsche mit besonderem Eingang vom Hofe vorgesehen. Die Kosten der Unternehmungen sind in dem veranschlagten Antragsbetrage von 254.000 Mark nicht mitzuehalten, weil sie sich jetzt nach nicht übersehen lassen. Die Baukosten betragen nach überschläglicher Berechnung: für das Vorderhaus 118.000 Mark, für das linke Seitenhaus (Krippe) 70.000

Mark, für das rechte Seitenhaus (Drausebäder) 59.000 Mark, für allgemeine Anführungen, wie Gas- und Bürgersteigkosten 7000 Mark, also zusammen 254.000 Mark.

Bei der Durchführung des sozialen Projektes kann der Magistrat der energischen Unterstützung durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten sicher sein, die ja einzelne dieser Projekte schon seit Jahren beantragt und befürwortet haben.

Zur Stadttheaterfrage.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Montag stehen die nachfolgenden Anträge, welche zum Stadttheater-Etat gestellt waren und deren Beratung vorläufig ausgesetzt wurde.

- I. Antrag Bischoff (lib.):
 1. Zur Prüfung unserer Theaterverhältnisse eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Magistrat feststellen soll, ob die Verhältnisse des Theaters durch die Wahl der Mitglieder dem Vorstande zu überlassen;
- II. Antrag Hermann (Soz.):
 1. die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, eine aus sieben Mitgliedern bestehende Sonderkommission zur Untersuchung der Verhältnisse des städtischen Stadttheaters einzusetzen.
 2. 3000 Mark in den Etat des Stadttheaters einzustellen mit der Bestimmung, mit diesem Betrage eine Sommer-Entscheidung für die Mitglieder des Chores und des Orchesters zu bestreiten.
- III. Antrag Hoffmann (kons.):

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Die Stadt zahlt dem jeweiligen Direktor des Stadttheaters jährlich 20.000 Mark zur Verteilung an das Orchesterpersonal als Entschädigung für den Gehaltsausfall in den vier Sommermonaten, in welchen das Stadttheater geschlossen ist.

Eventuell soll sich dazu ein Orchester verpflichten, sein Vermögen in Höhe von 20.000 Mark und monatliche Beiträge von 150 Mark pro Kopf, zwecks Anbahnung eines Pensionsfonds, dem Magistrat zur Verfügung zu stellen.
- IV. Antrag Dettinger (lib.):

Den Magistrat zu ersuchen, die Einführung einer Billetsteuer in Aussicht zu nehmen.

Ob freilich die Anträge am Montag wirklich zur Beratung kommen, das steht noch dahin.

* Ein Paradies für Dienstmädchen ist die Herrschaft des Grafen von Scherz-Loh in der Poststraße Nr. 9. Die Art, wie dort die Dienstmädchen, Köchinnen und Stubenmädchen von der „Hausdame“ des blaublindigen Freiherren und von diesem selbst behandelt werden, wäre beinahe beklagenswert zu nennen, wenn sie nicht mit so vielen Qualereien für die armen Dienstmädchen verbunden wäre. In einer Gerichtsverhandlung brachen wir jüngst einen wenn auch nur schwachen Vorstoß von der menschlichen Würde und Humanität, die in dieser vornehmen Herrschaft maltet. Die Dienstmädchen waren nämlich — schreckliches Verbrechen! — einigemal etwas zu spät aufgestanden. Im ganzen drei Mal. Das war für den Herrn Oberleutnant Grund genug, die beiden „Verbrecherinnen“, nachdem er sie nach Herzenslust mit allerlei Schimpfwörtern beleidigt, — Staatsanwaltschaft (!) zu überliefern! Zunächst erhielten die Mädchen davon ein Jahr mit einem tüchtigen Strafbefehl über drei Mark, weil in dem Hauptanliegen und in der aus dem Vorwurfe darüber entstandenen Auseinandersetzung, „hartnäckiger Widerstand und Widerspenstigkeit“ erblickt wurde!! Das Schöffengericht bestrafte Ende Februar diesen Strafbefehl. Schon in dieser Verhandlung beschwerten sich damals die Mädchen über die Hausdame und den Hausherrn, die beide sogar die Mädchen prügelten.

Nach jener Verhandlung ging eine Freizügigkeit aus. Jetzt aber ist die Bedienung wieder derartig unerträglich geworden, daß die Köchin H. K. am Mittwoch Knal und Haß den Dienst verlassen mußte. Hausdame und Hausherr botten aus lächerlich geringfügigen Gründen das Mädchen derart verprügeln, daß es sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der untersuchende Arzt, Herr Dr. Jenner in der Friedrich-Wilhelmstraße, stellte erhebliche Verletzungen fest, die vom Schlägen und Stößen herrührten. Daraufhin wird jetzt das geplagte Mädchen dem Reichsanwalt übergeben, um endlich einmal — den künftigen Verboten des Freiherren zum Nutzen — die Köchinnen des Herrn Oberleutnants im Gerichtslokal vor aller Öffentlichkeit aufrollen zu lassen. Wir werden dann über die Verhandlung berichten.

Recht ist der Herr der Dienstmädchen noch nicht stark genug, sonst würde es ihm an nichts sein, dafür zu sorgen, daß Hausherr und Hausdame in der Poststraße 9 sich von jetzt ab die Hausarbeit allein machen müßten. Schaden könnte es jedenfalls nicht.

* Schlimmer wie das Rekrutenquälen wird beim Militär ein Vergehen gegen das dreimal heilige Eigentum geahndet. Am Freitag oder Samstag hat man dort, daß einer seiner Soldaten, die arme wehrlose Soldaten durch Quälereien zur Verzweiflung treiben, degradirt werden. Im Gegenseitig die meisten Angehörigen erkennen gegen mißhandelnde Unteroffiziere und andere „Stellvertreter Gottes“ nur auf niedrige Strafen, belassen aber den Verurteilten als Erstehender in der so viel Platz fehlenden Armee. In Breslau war aber jetzt ein ehemaliger armer Leutnant, ein Führer der Reserve, v. Brodow, der auf die höchste Ebene gekommen war, vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Das war für das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau gerade genug, den Mann auch ebendrei zu degradieren! Er ist jetzt in der Begründung, nicht mehr militärisch, Vorgesetzter in der Armee zu sein.

* Eben Heim als Alkoholgeiz. Ein Begrüßungsfest zu Ehren des unlängst heimgekehrten und auch in Breslau eingeleiteten Heimenden Eben Heim hatten die abhütelnden Jugendvereine Stadthaus auf dem Stanken veranstaltet. In seiner Antwort hat der große Heimer folgendes gesagt: „Ich habe alle Sympathie für die Arbeit der Abhütelvereine und teile ihre Ansichten über die große Wichtigkeit der Nüchternheit. Wenn nichts mehr, nicht mehr als das Wohlleben. Auf meinen Reisen habe ich auch keinen Tropfen Alkohol — und in keiner Form — mitgenommen. Ich weiß im Gegenzug zu dem, was man oft hört, daß der Alkohol, statt die geistigen oder irdischen Kräfte zu erhöhen, sie vermindert. Ich wünsche, daß die Abhütelarbeit sich mehr und mehr in unserm Lande verbreite, und ich hoffe, bei uns ein warmes, physisch und sittlich gehendes Geschlecht anzubilden zu sehen.“

* Konfirmanden und alkoholfreier Verein. In die Kirchenverbände Deutschlands ist von dem Vorstande des „Vereins abhütelnder Philologen deutscher Zunge“ (Vorstand: Professor Dr. Martin Dammann-Weipzig) die eingehend begründete Bitte gerichtet worden, es möge Sorge dafür getragen werden:

1. daß bei allen Konfirmanden, an deren jugendliche Personen teilnehmen, alkoholfreier Wein zur Verwendung finde, und
 2. daß die mit dem Konfirmanden-Unterricht betrauten Geistlichen bei ihrer Unterweisung auf die Konfirmanden im Sinne der Jugend-Erhaltungsmittel einzurichten.
- † Ausbreitung von Schlierenzeichnungen. Am Sonntag den 4. April von 11 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags und am Montag den 5. April von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nach-

mittags wird in den Zimmern 1-4 im 1. Stock der gewerblichen Fortbildungsschule, Gartenstraße 27, eine Ausstellung von Zeichnungen der Volksschüler und -Schülerinnen stattfinden. Diese Ausstellung bewirkt, die Folie Schritte in den besten Leistungen der Schüler-Schülerinnen seit Einführung des neuen Zeichnungsplans zur Schätzung zu bringen. Eintritt frei für jedermann.

* Achtung, Hochzeiter! Sonntag, den 4. April, Vormittags 11 Uhr, findet im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses monatliche Braucher-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung des Schneiderwirts über: „Die wichtigsten Bestimmungen unserer Gewerbeordnung“.

* Achtung, Forwerr, Kernmacher und Bieherer-Arbeiter! Sonntag, den 4. April, Vormittags 11 Uhr, findet im kleinen Saale von Sailler Union-Gesellschaft, Nieswobwasser, Nieswobwasser 51, die monatliche Frauenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Blüpp über: „Interessensaus der Berliner Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung“. 2. Einführung einer Fremdenliste.

* Die freie Jugendorganisation hält am Sonnabend, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaufe eine wichtige Mitgliederversammlung ab.

* Für Aquarienvereine. Der Proteus (E. V.), gegründet 1903, Verein zur Förderung der Aquarien- und Terrarienkunde, anstaltet am Sonnabend, den 3. April, Abends 9 Uhr, einen Abendvortrag im großen Saale des Vincenzhauses. Es werden hierbei Bilder aus dem Leben der Meereswelt der Gewässer und ihre Aquarien gezeigt werden, wie sie bis jetzt in Breslau öffentlich nicht vorgeführt wurden.

Angeordnet wird ein Vortrag über Zweck und Ziele der Naturschutzvereine gehalten werden, um auch für diese Bestrebungen Örtlichkeit und Mitarbeiter zu gewinnen. (Siehe Inserat.)

* Er muß ins Loch. Wegen Kautionsschwindels großen Stils verurteilte die Breslauer Strafammer den „Kamman“ Paul Meißner am 30. Oktober v. J. zu drei Jahren Gefängnis. Ein Teil seiner Opfer hatte er durch den Stellenvermittler August Fellig bezogen, weshalb die Breslauer Strafkammer Kautionsschwindel zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Fellig legte gegen das Urteil Revision ein und dieses wurde vom Reichsgericht, von dem ein Beruferspruch aufgehoben. Jetzt hat vor der Strafkammer die erneute Verhandlung stattgefunden. Diese schien sich Fellig viel günstiger zu gestalten, als die erste. Meißner, der damals behauptet hatte, er sei erst durch Fellig auf den Gedanken gebracht worden, sich auf den Kautionsschwindel zu verlegen, erklärte jetzt aus der Strafkammer als Zeuge vorgeführt, er sei wohl in der ersten Verhandlung mitverstanden worden, weil Fellig habe ihn wieder zum Kautionsschwindel überredet, er habe er darum gewußt, daß er, Meißner, die Kautionen seiner Angehörigen für sich zu verwenden von vornherein entschlossen gewesen sei. Das lang sehr vielversprechend für den Angeklagten und der Verteidiger meinte auch, daß nun der Anklage eigenlich der Boden entzogen sei. Aber das Gericht kam doch mit demselben Urteile zu seiner anderen Uebersetzung als das erste Mal. Die beiden Gefangenen waren nämlich schon am 4. Dezember 1907 einmal zusammen auf der Anklagebank gewesen. Damals hatte es sich um die ersten von Meißner verübten Kautionsschwindeln gehandelt, während die Mehrzahl der Fälle erst später ans Licht gekommen war. Das Schöffengericht, das die Sache zur Entscheidung überwiegen war, hatte Meißner in Anbetracht seiner bisherigen Unbescholtenheit zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt und Fellig freigesprochen, weil diesem nicht in Sicherheit hatte bewiesen werden können, daß er von Meißner beabsichtigten Absichten Kenntnis gehabt. Die Strafkammer nahm nun an, daß ihn durch die schöffengerichtliche Verhandlung die Augen hätten geöffnet werden müssen, und daß die Fortsetzung seiner Geschäftsverbindung ein voller Beweis für seine Schuld sei. Demgemäß wurde er auch diesmal für überführt erachtet und wiederum zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

* Aus dem Fenster gestürzt. Zu der unter dieser Ueberschrift gebrachten Notiz in der gestrigen Nummer schreibt uns der Sohn der Verstorbenen: Der traurige Unglücksfall Neckerberg 8 hat sich folgendermaßen zugezogen: Meine Mutter, eine Wittwe bezog 12 Mark monatlich Armengehalt; das reicht allerdings nicht für Lebensunterhalt und Wohnungsmiete. Mein Schwefter Palasta und ich sorgten für Lebensmittel. Not hatten wir nicht. Die Mutter wurde krank und schwach, wir schafften sie ins Arbeiter-Gesundheitshospital. In ihrem Krankheitszustande war sie sehr ungeduldig, jeder Kranke ist sich aber nicht gleich, das geschieht den Ärzten nicht. Diese sagten, sie würde nach der Einbaumstrafe geschickt werden, auch sollte ihr das Armengehalt entzogen werden. Das nahm sich die Kranke sehr zu Herzen, sie sah sich ihr Zustand verschlimmern. Dann wurde die alte Frau plötzlich aus dem Hospital entlassen, gesund war sie aber noch nicht. Die große, kräftig gewesene Frau wag nur noch neunzig Pfund bei der Entlassung! Die Furcht, sie würde nun das Armengehalt verlieren, hat deshalb die Mutter am 31. März früh Morgens 1/6 Uhr an der Unglücksstat getrieben, also ein Tag vor der Abholung des Armengeldes. Traurig ist es, eine solche schwach gewordene Kranke Frau einfach zu entlassen, weil sie, wie mir scheint, den Herren Ärzten lästig war. Sie war 69 Jahre alt. Um 10 Uhr konnte ich die tote Frau erst in ihre Wohnung schaffen, aber wußte ich nichts von dem Vorfall lange vorher war aber ein — Schutzmann anwesend. Und — welche ein Zustand! — vier Stunden lag die tödlich verletzte Frau im Hofe!

† Ein Knabe überfahren wurde am Donnerstag in der Mittagsstunde vor dem Grundstück Schützenstraße 51 durch einen Straßenbahnwagen der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft. Der Ueberfahrene war der vierjährige Sohn der Witwe Scholz, Gertrudenstraße 7 wohnhaft. Der Knabe spielte auf der Straße mit anderen Kindern und ist in den Straßenbahnwagen geraden hineingelaufen, sobald der Führer des Wagens keine Schuld trifft. Es wurde dem Knaben ein Bein vollständig abgefahren; die Feuerwehrschaft hat das verletzte Kind zur nahen Feuerwehr, um es zu verbinden, unterwegs aber verstarb bereits der Knabe. Seine Leiche wurde nach dem Leichenhaus abgeholt.

Es ist garnicht zu schillern, wie sorglos die meisten Kinder die Straßen als Spielplätze benutzen und hin und her sich tummeln, ohne sich auch nur ein einziges Mal umzusehen, ob auch andere Personen die Straßen betreten. Die Straßen der Großstadt sind aber für den Verkehr, nicht für Kinderspiele da. Das sollten alle Eltern ihren Kindern täglich mehrermale einschärfen.

† Ein reicher Junge. Abhanden gekommen ist einem Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt während der Schulschließung vom Korridor der Anstalt aus der Palettasche ein Portemonnaie mit 110 Mark.

† Gelandete weibliche Leiche. Am 31. v. M. wurde eine unbekannt weibliche Person durch Sandschiffer aus dem Umgehungskanal in der Nähe der verlassenen Bierergasse als Leiche gelandet. Nach den vorhandenen Spuren der Verwesung muß die Tote schon sehr lange Zeit im Wasser gelegen haben. Sie ist etwa 26 Jahre alt, hat dunkelblonde Haare und war mit schwarzer Taille, blauem Rock, blauer Schürze, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schuhen bekleidet. Die Leiche wurde nach dem Leichenhaus abgeholt. Anzugeben zur Ermittlung ihrer Persönlichkeit werden nach Nummer 31/32 des Polizeipräsidiums erbeten.

* Gestohlen wurden: Ein Goldstück, eine Anzahl fünf Pfennig-Briefmarken, vier Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Damen- und eine silberne Herrenuhr, ein goldener Ring mit Brillanten und einer mit Opal, eine goldene Wache, ein goldenes Damenohr, eine Silber-Spendentafel von 1864, ein Winterüberzieher, ein Damenschirm, eine Zigarette, ein Handkoffer, ein Albid, ein Gebetbuch, zwei Hühner, mehrere Schlüssel und verschiedene Papiere. — Angeklagter ist ein Portier bei Wolf, Weidenbäum 2.

Gestohlen wurden ferner ein Sparkassenbuch über 15 Mark, zwei Paar Stiefel, ein Lederum mit Schreibmaterialien, eine weiße Seidenweste, ein Schiffsbuch, ein braunes Damenjackett, ein gelbes

huwieltes Handtäschchen, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Sparfläschchen über 16,07 M., eine goldene Brosche, eine blaue Strohhutze, ein schwarzer Damenschlief, ein Paar weisse Unterhosen, ein vierzähliger Goldkranz, Legitimationspapiere und eine Straßenbahnobonimentkarte. Ingekauft sind dem Schulmacher Frisch, Friedrichstraße 23, ein weißer und gelberleibter Studenten und dem Kaufmann Wildner, Neue Sandstraße 13, ein zehlbänderter Teel. — Angeflogen ist dem Tapeziererlehrling Schnieper, Gräblichenerstraße 116, eine Brieftaube, gez. C. R. 06. N. S. 700.

*** Kleine Rede am Grabe des Genossen Alter?** Die Kirchengemeinde hat es nicht zugelassen, daß dem heute Mittag 1 Uhr zu beerdigenden Genossen Alter ein paar Gedenkworte am Grabe gewidmet werden! Ein Grund mehr für alle Genossen, die mit der Kirche fertig sind, sich nicht auf kirchlichem Grund und Boden, sondern auf staatslichem, in Ostwig, begraben zu lassen, da, wo die Kirche „nig lau legen“ hat!

*** Eine Metallarbeiter-Versammlung im Gewerkschaftshaus** beschäftigte sich am Donnerstag mit den Aufgaben der Generalversammlung in Hamburg und den Vorschlägen zur Delegiertenwahl für den Verbandstag. Philipp führte in längerer Rede aus, daß auf der Generalversammlung die Statutenberaumung einen weiten Raum einnehmen wird, es liegen hierzu aus den Kreisen der Mitglieder eine große Anzahl Anträge vor, die insbesondere die Beitragsabgabe betreffen. Redner wünscht, daß bei der Beratung der Statutenberaumung die Organisation in den Vordergrund gestellt und nicht auf Kosten der Unterstützungsarbeiten erweitert werden möchte. Nach dem Bericht über den Verbandstag wird aber auch mit anderen wichtigen Angelegenheiten beschäftigt. Die „Jugendorganisation“ steht im Vordergrund des Interesses, sie werde zweifelslos eingehend erörtert werden. Gerade die Gewerkschaften seien berufen, die Jugend für unsere Bestrebungen heranzuziehen und wenn sie die geeigneten Mittel anwenden, die organisierten Arbeiter sich der Jugendbildungsarbeit mit Ausdauer und Wohlwollen widmen, dann wird es auch nicht fehlen, die jugendlichen Arbeiter an uns zu fesseln. Alle Redner — die Diskussion war eine recht rege — stimmten den Ausführungen Philipps zu. Auf die Vorschlagsliste zu der am 18. April stattfindenden Delegiertenwahl kamen Arndt, Krauer, Linke, Philipp, Schütz und Wirsia.

*** 25 Jahre Verbandsmitglieds.** Mit dem heutigen Tage feierte unter Parteiliebe, der langjährige Abonnent der „Volkswacht“, Hermann Paul Meisla, sein 25 jähriges Mitglieds- sowie Verbands-Jubiläum. Wir wünschen dem Jubilär, daß er noch recht lange in unseren Reihen verbleiben möge.

*** Der „Kun“ auf die Breslauer Sparkasse.** Die Durchführung eines Krieges, in den Deutschland mit hineinverwickelt werden könnte, hätte, wie gemeldet, auch Breslauer Sparer veranlaßt, ihre Spargelder von der städtischen Sparkasse abzuziehen. Es sind im Laufe weniger Tage über eine Million Mark aus den städtischen Sparkassen entnommen worden! Die Kassen sind aber dadurch keinen Augenblick um die erforderlichen Geldmittel verlegen gewesen, vielmehr ist jeder Betrag ohne Forderung irgendetwas einer Kündigungskasse sofort ausgezahlt worden. Das hat den Leuten ungemein imponiert. Eine ältere Frau, die ihre gesamte, mehrere hundert Mark betragende Sparsumme abgehoben und ihr Sparfläschchen aufgelöst hatte, erklärte, als sie das Geld aufgezählt sah, sie bitte, es nun wieder zu begeben, sie habe sich nur überzeugen wollen, ob es noch da sei. Nachdem nun in alle Kreise die Überzeugung durchgedrungen ist, daß der Friede gesichert ist, fließen auch die Sparer wieder in die städtischen Sparkassen zurück und die Kassenbeamten haben alle Hände voll zu tun, um neue Sparfläschchen auszufüllen und die Gelder in Empfang zu nehmen. — Wie tief doch die Unwissenheit und der Aberglaube wurzelt.

*** Der plötzliche Witterungswechsel hat uns außer heftiger Kälte — um 7 Uhr herum stand das Thermometer auf 0 Grad! — und etwas Schneefall auch die Aussicht auf neues Steigen des Oberwassers gebracht.** Oben an der Oberbleibt es nämlich warm, so daß das Schneeschmelzen im Gebirge heftig zunimmt. Bei Ratibor wurden heute früh bereits wieder 4,90 Meter gemessen, nachdem das Wasser in den letzten Tagen auf 3,96 und 4,58 Meter gestanden hatte. Der höchste Stand am 28. März betrug auch nur 4,90 Meter! Bei Cosel ist die Ober von 2,34 auf 3,08, bei Krappitz von 3,54 auf 1,07 Meter gestiegen. Bei Breslau fällt allerdings das Wasser einwärts noch, aber sobald jetzt die Schneewasser aus den Gebirgen kommen, ist uns eine neue Hochwasserwelle sicher. Aus Deutchen, Sabelschwerdt und Ostrova wird heute Vormittag sogar neuer Schneefall gemeldet. In Breslau schneite es nur zwei Stunden lang und sehr „dünn“, da ein heftiger Nordwestwind, Stärke 4, weitere Schneebildungen verhinderte.

*** Die zweite Aufführung des „Zapfenstreich“** für alle diejenigen, die zum Sonntag kein Billet mehr erhalten konnten), ist am Ostermontag ebenfalls im Thalia-Theater. Billets sind noch in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben.

*** Eine billige Vorstellung im Schauspielhaus.** Die Direktion hat beabsichtigt, Sonntag Vormittag 11 1/2 Uhr, Grillparzer's Werk: „Des Meeres und der Liebe Weib“ in einer Volks-Matinee aufzuführen zu lassen. Die Preise der Plätze sind dieselben niedrigen, wie sie für die Veranstaltung des Sozialdemokratischen Vereins am 28. Februar („Jubilee“) galten, also: 20, 30, 40, 60 u. 70 Pf. Billets sind außer an der Kasse auch in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5, Hintert. 1, zu haben.

*** Stadt-Theater.** Heute Freitag zum ersten Male in dieser Spielzeit Schalewsky's Komödie „Ein Sommerachtsraum“, mit der begleitenden Musik von Mendelssohn-Varsholky. Es gelten die üblichen Schauspielpreise. Sonnabend „Fidelio“. Sonntag „Lobenzrin“. (A. lang 7 Uhr.) Nachmittags zu kleinen Preisen „Der Barbier von Sevilla“. Am Karfreitag findet im Stadt-Theater eine Aufführung des „Bazisjal“ in Konzertform statt.

*** Lobe-Theater.** „Ein Palztraum“ wird heute Freitag in der bekannten Fassung gegeben. Sonnabend wird Eulenspiess' Operette „Witold“ zum ersten Male in dieser Spielzeit in neuer Ausstattung und neuer Einbildung zur Aufführung gebracht. Sonntag wird „Der Witold“ wiederholt. Nachmittags geht zu kleinen Preisen die Operette „Die Geisha“ in Szene.

*** Im Thalia-Theater** wird am Sonntag Endermann's Schauspiel „Die Ehre“ zum ersten Male in dieser Spielzeit aufgeführt.

*** Volks-Vorstellung.** Als 6. Vorstellung für Gruppe K wird Sonnabend das Lustspiel „Die Liebe wacht“ wiederholt. *** Breslauer Schauspielhaus.** Zum 53. Male geht heute die „Hörner-Christel“ in Szene. — Sonnabend findet die Premiere des Schwanen- Lustspiels „Die liebe Familie“ statt. — Die Vorstellung der „Hörnermans“ am Sonntag Nachmittags gewinnt dadurch an Intresse, als Fräulein Carola Giller vom Münchener Gärtnerplatz-Theater als Solistin gastieren wird. *** Hörner-Christel.**

*** Lieblich's Establishment.** Ein gutes Andenken bei den Varietebesuchern an die zu Ende gehende Winterzeit hat sich die Direktion Wandelt mit der Zusammenstellung des letzten Programms gesichert. Fast jede der elf Nummern ist in ihrer Art erstklassig. Alle Künstler und Künstlerinnen erweisen bei ihrem ersten Auftreten am Donnerstag Abend rauschenden und wohlverdienten Applaus. Der hundertste Reigen eröffnet die internationale Konzertmarie Frieda Rudolph. Die Künstlerin

lernt verfügt über eine sehr ansprechende Vortragswelt und über gute Stimmkräfte. In einer komischen Szene „Die lustigen Bescher“ produzieren sich 6 Personen zum Teil als Jongleure und Akrobaten und erregen viel Beifall und Beifall. Mit Güssen und Füssen bringt der Musikalische Dell' Oro verschiedene Musikplecen meisterhaft zu Gehör, während die neun Köpfe starke Gesellschaft „Des Meeres Kolonialen“ in ihrer Szene „Ein polnisches Bauerntanz“ mit tüchtigen Nationaltänzen ihr Bestes bietet. „The 8 Moulter's“, 2 Damen und 1 Herr, produzieren sich am besten Red in den erlauchtsten Übungen, die noch einen besonderen Reiz dadurch erhalten, daß sie mit großartiger Sicherheit und der bei Artisten meist fehlenden guten Haltung und Grazie ausgeführt werden. Des Humoristen-Meister vertritt Moritz Seyden in bekannter Geste. Mit der gesanglichen Parodie des April-Programms, auf die Melodie „Die Musik kommt“, schließt er den Vogel ab und hat die Vacher auf seiner Seite. Die 4 Barabababab sind komische Akrobaten, die in neuer Aufmachung neue Tricks und viel Belustigendes bringen. Die Hauptattraktion des Abends ist Mabel May-Hong in ihren klassischen Tanzstudien. Die Dame, ein chinesisch-deutscher Mischung, ist von wunderbarer Natur und ihre Darbietungen, sei es im chinesischen Gebelstanz, im Schlangentanz mit lebenden Schlangen, in der französischen Gavotte oder im Wiener Walzer, sind vorzüglich und werden so angenehm, daß man so etwas selten zu Gesicht bekommt. Schöne Dekorationen von Pferd und Hund zeigt Pitty Crane in ihrem Originalakt „Nach dem Porco“. Als Klavierbegleiter produziert sich Wally Weston. Er ist ein Meister seines Faches. Seine drei gleichzeitig verschiedenen Melodien und der Humor in der Kunst schenken ihm die Gunst des Publikums im Saal. „Al-Ber-L“, einige Zauberkünstler, widerlegen glänzend das Sprichwort, daß Geschwindigkeit keine Sicherheit ist. Vor den Augen der Zuschauer machen sie die schwierigsten Zauberkünste, lassen Karten, Eier, Stile usw. verschwinden und wieder erscheinen. Mit Blorgaphilbern schließt das Programm, das in wirksamer Weise von der Hauskapelle unter Leitung des Herrn Wappaus unterstellt wird.

*** „Nidia“, die geheimnisvolle Traumpfeilerin,** trat Donnerstag, nachdem sie längst den Presseleuten, Kritikern und anderen Interessenten eine Privatvorstellung gegeben, in der Festloge vor circa 100 Personen öffentlich auf. Die Dame und ihr Impresario, ein englischer Arzt, versetzen es tatsächlich, die Zuschauer zu verblüffen. Wir als Laien stehen nur und staunen. Was sollen wir dazu sagen? Ist Metaphysik oder Schwindel? Geschicklichkeit oder raffinierter Trick? Und scheint ein Wiesbadener Kollege ungefähr das Richtige getroffen zu haben als er über eine Nidia-Vorstellung schrieb: „Ein freundliches, natürliches Wesen ließ in nichts ihre durchdringende Veranlagung ahnen. Als aber ihr Impresario sie durch 2 Spiegel zusehends hypnotisiert hatte, ohne sie zu berühren, zeigte er zunächst durch Öffnen ihrer Augen, daß diese geschlossen und wie tot waren. Dann verband er diese mit mehreren Binden, die mit einem Arzt befüllt waren, undurchsichtig waren. Zum Ueberflus wurden diese Binden in die Augenöffnungen geschoben. Mechtlich wandte sie sich dem Publikum zu. Von Sumbung zu reden, geht nicht an. Respektvoll ist jedes ehrliche Urteil, empfand aber selbst tief die Wahrheit des Wortes von Shakespeare: „Es heben sich manche Dinge unter der Sonne, wovon Menschenwelt nicht weiß.“ Die Dame spielte nicht nur jedes angeführte Stück eines Verzeichnisses, welches von Anwesenden begehrt und aufgeführt wurde, sondern auch — und das ist das Entscheidende Beweisen — jedes unbekannte Noten-Manuskript. Eine Dame habe eine gedruckte Komposition ihres Oheims hergelassen, die, wie sie bemerkte, fast unbekannt ist. Sie hörte sie zu ihrer Befriedigung und ein Blick in die Partitur belehrte uns, daß das Stück durchaus nicht banal, sondern eigenartig in der Melodienführung ist. Auch Anwesende durften die Musikstücke selbst auflegen, die sie spielte, wovon auch Gebrauch gemacht wurde. Eine Anzahl Stücke wurde aufgelegt, und sie spielte von allen einige Takte. Auch auf den Kopf wurden ihr angemessene Stücke gelegt, und sie spielte sie. Einmal aber spielte sie nichts — und siehe da! es war tatsächlich nichts angemessen. Wesentlich war, daß der Impresario die Stücke sah, wenn auch nur mit einem Blick. Wenn es Mühe zu machen schien, schaute er sehr scharf hin, nahm auch die Brille von den Augen. Dabei stand er ziemlich weit von den Noten, wenn er seine Wahrnehmung sich hertrug. Manchmal hob sie wie lachend die Arme langsam in die Höhe. Als sie geendigt mit der anstrengenden Vorführung, war ihr Gesicht wie entgeistert, der Mund war pathologisch wie von Leid zusammengezogen. Ein Arzt stellte fest, daß ihr Puls nicht ging. Als der Impresario ihr die Binden abgenommen, erwachte sie, schaute freundlich um sich, als ob nichts vorgefallen wäre. Wie ein Arzt feststellte, war der Puls wieder in Tätigkeit. Es sind Rätsel und Tiefen der Menschennatur, weit komplizierter, als die Ahnungen in die Ferne, die auf Stunde und Minute zutreffen und nicht mehr geahnet werden können.“

*** Ein Dachstuhlbrand** ereignete sich heute Morgen im Howie-Hrenstraße 16, Seifers Brauerei. Ueber die Ursache des Brandes ist bisher noch nichts bekannt, doch wird angenommen, daß dieser an unvorsichtiges Umgehen mit Licht in einer der Bodenlammern zurückzuführen ist. Eine Menge von Körben, Kisten und sonstigem Gerät, das sich in den Dachlammern befand, ist durch Feuer zerstört worden. Dagegen ist der Schaden am Gebäude nicht allzu groß, da es der sofort herbeigekommenen Feuerwehr noch gelang, das Feuer Herr zu werden, bevor der ganze Dachstuhl von ihm ergriffen wurde.

*** Ein zweiter Dachstuhl-Brand** rief heute Mittag 12 Uhr die Feuerwehr nach Vorwerkstraße Nr. 74, Ecke Böckstraße, woselbst im Tache des Hauses, das dem Kleidermeister Friz Kiemer gehört, aus unbekanntem Grund ein Feuer ausgebrochen war.

*** Ueberfahren.** Am 1. d. Mts. wurde das Pferd eines Fleischwagens auf der Berliner Chaussee vor einem Eisenbahnzuge überfahren und ging durch. Der Reiter wurde infolge Anstoßes des Wagens an einen Lastwagen vom Sitz geschleudert, fiel auf die Deckel und wurde überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte mittels Krankenwagens in das Kaiserlichen-Hospital geschafft werden.

*** Wer ist die tote?** Am 31. v. Mts. wurde eine unbekannt weibliche Leiche durch einen Sanitätschef aus dem Umgebungsland gelandet. Die tote muß schon sehr lange Zeit im Wasser gelegen haben. Sie ist etwa 25 Jahre alt, hat dunkelblonde Haare, und war mit schwarzer Taille, blauem Rock, blauer Schärpe schwarzen Strümpfen und Schuhen bekleidet. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause überführt. Angaben zur Ermittlung ihrer Persönlichkeit werden nach Zimmer 31/32 des Polizeipräsidiums erbeten.

ist sehr bedenklich und König Peter noch wahrscheinlich früher abdanken müssen, als er bisher selbst geglaubt hat.

Die Zepelinfahrt. München, 2. April. (S. L.-B.) Ein Extrablatt der „Münchener Neuesten Nachrichten“ von gestern Abend 8 1/2 Uhr meldet, daß Graf Zepelin, falls Wind und Wetter gut bleiben, heute fröhen 5 Uhr die Reise antreten wird. — Aus München sind gestern Abend 80 Mann der Luftschiffabteilung nach der Landungsstelle gegangen.

München, 2. April. (S. L.-B.) Ein Morgens 7 Uhr angegebenes Extrablatt der „Münchener Neuesten Nachrichten“ meldet, daß das Wetter heute sehr schlecht ist, ist es zweifelhaft, ob Zepelin die Reise antreten kann. Es hat sich auch die Möglichkeit einer Gasnachfüllung herausgestellt, welche jetzt vorgenommen wird. Graf Zepelin überete sich in später Abendstunden dahin, daß er mit dem Luftschiff nicht eher aufsteige, als bis ein starker Südostwind nachgelassen hat. In der Nacht lag das Luftschiff fast bewegungslos da. In der schwärzigen Gondel hat Graf Zepelin, die Offiziere und Begleitpersonen sich nach Möglichkeit ein Nachtlager zurecht gemacht. Graf Zepelin ist voller Hoffnung und überzeugt, daß bei einigermaßen günstiger Witterung die Reise in die Reichs-Palasthalle nach Manzell ebenfalls sich ausvollziehen wird, wie die Fahrt nach München.

Berlin, 2. April. (S. L.-B.) In der in der Treibmaschinen-gesellschaft der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen erzielte gestern Abend infolge Kurzschlusses ein Explosion, die zur Folge hatte, daß die dort aufgestellte Quasimod-Strömungsmaschine schwer beschädigt und der Betrieb eine Stunde unterbrochen werden mußte. Durch Unvorsicht, die durch die Fenster klopfen, wurde eine die Straße passierende Dame nicht unerheblich verletzt.

Essen, 2. April. (S. L.-B.) Der Frau des Fabrikarbeiters Schreiner ist die brennende Angelampe auf dem Kopf. Das anstehende Petroleum entzündete sich und die Feuer erlitt lebensgefährliche Brandwunden, besaglichen ihr Bruder, der in zu Hilfe eilte.

Paris, 2. April. (S. L.-B.) Der Syndikatsverband der Seine-Departements hat einen Aufruf an alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörigen geschickt, am 1. Mai einen 24 Stundenigen Generalstreik ins Werk zu setzen, da der Telegraphenausschuss sich als ungeschick erwiesen hat.

Köln, 2. April. (S. L.-B.) Gestern war die Deputiertenkammer wieder einmal der Schauplatz von Kämpfen. Der Sozialdemokrat Dr. Feller warf die Regierung wegen des Verschaltens der Arbeiter im Wahlkreis Mittelrhein an. Der Unterstaatssekretär antwortete aber die Verantwortung ab, worauf es zwischen der Regierung und der Regierungsmehrheit zu einem Wortgefecht kam. Die Mehrheit brach mit erhobenen Händen von unten her auf die äußerste Linke ein, während die Sozialisten, Republikaner und Radikalen von der Rechten herab auf die Gegner einhieb. Nach halbständigem Kampfe konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

Briefkasten. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprachstunden der Redaktion: Donnerstags v. 12—1 Uhr Mittags. Arbeiterinnen. Wenn Sie uns beginnen beibringen, daß das Vergehen des betreffenden Wertmeisters gegen die noch nicht 16 Jahre alte E. B. beenden können, sind wir bereit, den Fall zu veröffentlichen. Aber nur dann. P. Kirchstraße. Sie sind im Irrtum. Wichtig ist, daß die Steuern nicht durch Lohnpändung beigetrieben werden dürfen, wenn sie seit länger als drei Monaten fällig sind; aber die Pfändung von Möbeln, Kleidungsstücken usw. ist zulässig. Conradswalden. Der Amtsvorsteher hat das Recht, die öffentlichen Unterdarfen in seinem Bezirk zu verkleiden oder zu entwedeln. Der Schankbesitzer macht sich strafbar, wenn er entgegen dem Verbot Sonntags spielt. Es ist Beschwerde beim Landrat einzulegen.

Versammlungen und Vereine. **Gewerkschaftshaus.** Freitag, den 2. April: **Solgarbeiter.** Abends 8 Uhr: Delegierten-Versammlung. Zimmer 2. **Dauerarbeiter.** Abends 8 Uhr: Schutzkommission. Zimmer 1. **Sonnabend, den 3. April:** **Jugend-Organisation.** Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. **Bildhauer.** Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 3. **Sonntag, den 4. April:** **Freie Religions-Gemeinde.** Nachmittags 4 Uhr: Großer Saal. **Kohleleger.** Vormittags 11 Uhr: Versammlung. Zimmer 1. **Müller.** Nachmittags 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 1. **Bauer.** Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. **Maschinen- und Feiler.** Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. **Kammer und Hilfsarbeiter.** Nachmittags 8 Uhr: Wichtig Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. **Freie Turnererschaft.** Abends 6 Uhr: Vierteljahres-Versammlung des Vereins. Zimmer 3 und 4. Ohne Mitgliedschaft keinen Zutritt. **Turner.** Abends 8 1/2 Uhr. Zimmer 3 und 4. **Schriftsticker.** Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 7. **Sozialdemokratischer Verein Breslau.** **Der nächste Bahlabend** ist Montag, den 5. April. **District 16 (Bohrer Vorstadt).** **Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr:** Bezirksführer-Zusammenkunft im Distriktslokal. Sämtliche Kontrollkarten mitzubringen. **Der Distriktsführer.** **Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).** **Neumarkt.** **Mitglieder-Versammlung** am Sonntag, den 4. April. **Nachmittags 3 Uhr** im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: 1. Vortrag. 2. Abrechnung. 3. Vereins-Angelegenheiten. Um pünktliches Erscheinen ersucht. **Der Vorstand.** **Bezirk Deutsch-Biffa nach Ungen.** **Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.** Sonntag, den 11. April (1. Oster-Feiertag), Nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung in Stadelwitz bei Th. Holz. Referent: Gauleiter Wilhelm Komolitz aus Breslau. **Bezirk Stadelwitz.** **Verband der Fabrikarbeiter.** **Deutschland.** Sonntag, den 11. April (1. Oster-Feiertag) Nachmittags 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Holz. Stellungnahme zu der am 30. Mai c. nach Frankfurt a. M. einberufenen Konferenz für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Referent: Th. Müller-Breslau. Wahl eines Delegierten. **Bezirk Klein-Schönau.** **Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.** Montag, den 12. April (2. Oster-Feiertag), Vormittags 11 Uhr: Öffentliche Versammlung in Hühners Establishment. Referent: Gauleiter Komolitz aus Breslau. **Schreibstift 16 (Hühners).** Montag, den 5. April. **Bahlabend** bei Holz. **Referent: Gauleiter Komolitz.**

Neueste Nachrichten.

Die jerbischen Wirren.

Wien, 2. April. (S. L.-B.) Aus Belgrad kommen wieder Nachrichten über eine bedenkliche Stimmung in der Armer-Is verlanst von Protesttelegrammen aus zahlreichen Garnisonen und von geheimen Versammlungen, wobei der frühere Kronprinz die Hand im Spiele haben soll. In Nisch und Kragejowatz wurde eine weitverzweigte Offiziersverschwörung entdeckt, die sich die Erthronung der Dynastie zum Ziel gesetzt hat. In Nisch wurden 11, in Kragejowatz 8 Offiziere verhaftet. Die Pa-

Sonnabend, den 3. April 1909.

Der Entwurf zur Strafprozessordnung

Am Reichstage ist am 2. April d. J. der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung der Strafprozessordnung dem Reichstage vorgelegt worden. Das neue Gerichtsverfassungsgesetz enthält nachstehende bemerkenswerte Änderungen gegenüber dem geltenden Gesetz.

Nach § 23, Absatz 3 unterbleibt fortan die Zuziehung der Schöffen bei Verurteilungen und solchen Vergehen, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 Mark allein oder neben Haft oder in Verbindung mit Einzelhaft bedroht sind, sowie bei den nach § 146a der Gewerbeordnung strafbaren Vergehen. Durch § 99 werden für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen Urteile der Strafkammern bei den Landgerichten Berufungsinstanzen gebildet. Diese entstehen in der Besetzung von 5 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. Zu dem Amt eines Schöffen sollen Volksschullehrer nur bei den Jugendgerichten berufen werden. Die Schöffen und Beisitzenden sollen fortan Vergütung der Reisekosten erhalten, sowie für jeden Tag der Dienstleistung Tagelohn.

Aus dem Entwurf einer Strafprozessordnung, der 500 Paragraphen umfaßt, seien als die wichtigsten folgende hervorzuheben:

§ 49 ordnet

die Verhaftung (Zwangszwang).

Er lautet:

Redakteure, Verleger und Drucker einer periodischen Druck- schrift sowie die bei der technischen Ausführung der Druck- schrift beteiligten Personen können die Ausübung der Person des Verfassers oder Entwerfers eines Artikels kraftbaren Inhalts verweigern, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter be- rufen ist oder seiner Verurteilung kein Hindernis entgegensteht. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn der Inhalt des Artikels den Tatbestand eines Verbrechen begründet.

Durch § 67 tritt an die Stelle des Vorbehalts

der Nachb.

Der Paragraph bestimmt:

Vereidigt wird der Zeuge erst nach seiner Vernehmung. Die Vereidigung kann bis zum Schlusse der Beweisaufnahme ausgesetzt werden. Mehrere Zeugen können gleichzeitig vereidigt werden. Vor der Vereidigung hat der Richter den Zeugen, so- weit es angemessen erscheint, über Wesen und Bedeutung des Eides zu belehren. Wird der Zeuge nur für einen Teil seiner Aussage vereidigt, so ist der Teil genau zu bezeichnen.

Die Untersuchungshaft

erhält im § 110 folgende Regelung:

Die Untersuchungshaft darf gegen den Verdächtigen nur verhängt werden, wenn der Verdacht dringend ist und Tat- sachen vorliegen, welche die Gefahr begründen, daß er sich dem Verfahren durch die Flucht entziehen oder durch Vernichtung von Spuren der Tat oder durch Beeinflussung von Zeugen oder Mit- schuldigen die Ermittlung der Wahrheit erschweren werde. Zur Begründung der Fluchtgefahr genügt es, wenn nach den Um- ständen anzunehmen ist, daß wegen der Tat auf Todesstrafe, Zuchthaus oder auf Freiheitsstrafe anderer Art von mehr als einem Jahre erkannt werden wird.

Einschließlich der

Verteidigung

§ 140: Schon von Erhebung der öffent- lichen Klage kann dem Beschuldigten für das ganze Ver- fahren oder für einen bestimmten Teil ein Verteidiger bestellt werden. Dem Verteidiger darf nach § 147 die Einsicht in die Akten und Sachverständigen sowie in die Protokolle über die Vernehmung des Beschuldigten und über solche Untersuchungs- verhandlungen, bei denen dem Verteidiger die Anwesenheit ge- stattet wurde oder hätte gestattet werden müssen, in seiner Lage des Verfahrens verweigert werden. Nach § 148 ist dem Ver- schuldigten, auch wenn er sich in Untersuchungshaft befindet, schriftlich und mündlich Verkehr mit dem Verteidiger gestattet. Eine weitgehende Einschränkung erfährt die

Beweisaufnahme.

§ 232 bestimmt darüber: Die Beweisaufnahme ist auf die Tatsachen zu erstrecken, die nach Ermessen des Ge- richts für die Entscheidung von Bedeutung sind. Beantwortet ein Prozessbeteiligter die Erhebung eines Beweises, so kann sie das Gericht nur ablehnen, weil wegen Offenbarwerdens sich keine Beweiserhebung ergibt, weil die Tatsache, die der Antrag- steller beweisen will, für die Entscheidung ohne Bedeutung oder schon erwiesen ist, oder weil das Beweismittel un- erreichbar oder ungeeignet ist. Im Beschluß ist an-

zugeben, weshalb einer dieser Gründe zutrifft. Ist das Beweismittel zur Verhandlung herbeigeführt, so kann der Antrag im Verfahren vor dem Reichsgericht und dem Schwurgerichte nicht, im Verfahren vor den Landgerichten nur durch einstimmigen Beschluß abgelehnt werden.

Die Einführung der

Berufung

auch gegen Strafkammerurteile enthält § 315, der lautet: Mit der Berufung können die Urteile der Amtsgerichte und solche Urteile der Landgerichte angefochten werden, die in erster Instanz erlassen sind.

Ganz neu ist das Verfahren gegen

Jugendliche,

das im 4. Buch „besondere Arten des Verfahrens“ geregelt wird. Als „Jugendlich“ im Sinne des Gesetzes gilt eine Per- son, so lange sie das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat. Nach § 365 soll die Staatsanwaltschaft gegen einen Jugendlichen keine öffentliche Klage erheben, wenn Erziehungs- und Besse- rungsmaßregeln einer Verurteilung vorzuziehen sind; dabei sind namentlich die Beschaffenheit der Tat sowie der Charakter und die bisherige Führung der Jugendlichen zu berücksichtigen. Er- hebt die Staatsanwaltschaft keine Klage, so hat sie die Sache an die Vormundschaftsbehörde abzugeben. Das Gleiche gilt, wenn gegen einen Jugendlichen wegen Gefährlichkeit der Ver- fassung keine Klage erhoben wird oder das Verfahren eingestellt wird, aber Erziehungs- und Besserungsmaßregeln geboten sind. Nachdem die Sache abgehandelt worden ist, kann keine Klage mehr erhoben werden.

Die Privatklage

kann nach § 333 angebracht werden in den Fällen des Haus- feldverbrauchs, nach § 123 des Strafgesetzbuches bei Verleüm- dung, in den Fällen der §§ 185 bis 187, 189 des Straf- gesetzbuches bei Körperverletzungen, in den Fällen der §§ 223 a, 230 des Strafgesetzbuches bei Bedrohung, Verletzung fremder Geheimnisse, Sachbeschädigung, Vergehen gegen das Ge- setz betreffs unlauteren Wettbewerbs und bei Verletzungen des literarischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechts.

Deutscher Reichstag.

239. Sitzung, Donnerstag, den 1. April, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Breitenbach, Sydow, Stat für die

Verwaltung der Reichseisenbahnen

beginnend beim Titel „Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“.

Abg. Dr. Müller (Zentrum) wünscht Vorlegung der mit den Lieferanten abzuschließenden Verträge, Klagen über vielfach zu niedrige Pöbne der Eisenbahnarbeiter und Handwerker. Die Freiheitschein- Vergünstigung für Arbeiter soll nach Möglichkeit ausgedehnt werden.

Abg. Böhm (Soz.): Dem Beschluß der Kommission über Ver- legung der Verträge stimmen wir zu. — Seiner Zeit hat schon Herr Storz darauf hingewiesen, daß es ein unheilbarer Zustand ist, wenn noch Verfügungen bestehen, wonach politisch unbeliebte Zeitungen vom

Bahnhof-Buchhandel

ausgeschlossen werden. Es ist unerträglich, daß der Chef der Reichs- eisenbahnen durch bürokratisches Vorgehen dem Publikum es unmög- lich macht, seine letzten dem eigenen Wunsch entsprechend einzulassen.

Die kaiserliche Generaldirektion Strassburg hat anlässlich der dortigen Kaiserparade eine Verfügung erlassen, wonach die Beamten und Arbeiter, die sich an der Illumination zu beteiligen gedächten, die Kerzen aus einem bestimmten Geschäft beziehen sollten. Das mußte von den Beamten und Arbeitern als ein ungerechter Zwang zum Illuminieren aufgefaßt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ebenso unannehmlich ist der weitere Entschluß, der den Eisenbahnen die Teilnahme an Wahlrechtsdemonstrationen verbietet. Die Durch- führung einer derartigen Ordre führt naturgemäß zur Spitzkei. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sehr schlecht sieht es um die Arbeitsdauer. 1907 hatten die Bahnarbeiter noch die 12 stündige Arbeitszeit. Einige sogar bis 13 Stunden. Bei dem Quabegleitungspersonal, das einen sehr schweren Dienst hat, hatten auch noch

584 Beamte 13 Stunden,

385 bis zu 14 Stunden Dienst. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch kein Lokomotivpersonal ist noch die 14 stündige Arbeitszeit vorhanden und mit der Ruhezeit ist es schlecht bestellt. Der Chef der Eisen- bahnenverwaltung sollte es sich angelegen sein lassen, für angemessene Ruhezeit zu sorgen, um Ueberanstrengungen zu vermeiden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im vorigen Jahre hat die Verwaltung hier angefaßt, welche Furcht sie vor einem Streik der Eisenbahner hat, und daß deshalb der Minister der Arbeiter aus den Organisationen verlangt werden müsse. Wie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben werden muß, und daß dafür die Organisationen da sind. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Abg. Werner (Natl.) verlangt größere Berücksichtigung der Handwerker bei den Lieferungen und kündigt die Kohlenverträge.

Chef der Reichseisenbahnenverwaltung von Breitenbach be- freit die Verrechnung dieser Kritik. Die Handwerker werden so viel als möglich berücksichtigt. — Bei Festsetzung der Pöbne richten wir uns so gut wie können nach dem allgemeinen Lohnmarkt. Seit zehn Jahren haben sich die Pöbne der Arbeiter um zwanzig Prozent erhöht. Auch die Anregungen des Herrn Böhm werden sorgfältig geprüft werden. Die Arbeitszeit wird ständig verringert. Der Entschluß bei der Illumination in Stras- burg sollte kein Zwang sein. Die Verhinderung der Wahlrechts- demonstration durch Eisenbahnarbeiter kann nur gebilligt werden. (Bravo! rechts.) Daß staatsfeindliche und unpolitische Schriften vom Bahnhofsbuchhandel ferngehalten werden, ist selbstverständlich. In den staatsfeindlichen gehören die sozialdemokratischen. Allerdings, wie sind gütlich verpflichtet, diese selben Blätter zu transpor- tieren. (Heiterkeit.) Den Vereinigungen der Eisenbahnbeamten stehen wir neutral gegenüber, solange sie den Streik zur Durch- führung ihrer wirtschaftlichen Forderungen anschließen und sich von der Sozialdemokratie fernhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Seiffner (Frei. V.): Das Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Blätter auf den Bahnhöfen wird der Sozial- demokratie keinen Abbruch tun. Es wirkt um so eigenartiger, als gerade die sozialdemokratische Presse einen sehr

energischen Kampf gegen die Schmutzliteratur

führt. In diesem Kampf können wir die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie garnicht entbehren. (Bravo! links.)

Abg. Storz (Libd. Vp.) tritt für die Vereinfachung der Kohlen- ausfuhrtarife ein.

Abg. Schirmer (Zentrum): Die Regierung hat in der Arbeits- kammerkommission erklärt, sie würde eher das Gesetz scheitern lassen, als die Eisenbahnarbeiter einzubeziehen. Einen Grund dafür kann ich nicht sehen. Aus der Gewerbeordnung und Gewerbeaufsichtungs- unterstellen diese Arbeiter nicht. Die Reichseisenbahnenverwaltung sollte einmal erklären, welche Rechtsgrundlage diese Ausnahmestellung haben soll. Auch die Erklärung des Ministers über das Koalitions- verbot der Eisenbahner billige ich nicht.

Minister v. Breitenbach: Der Eisenbahnbetrieb ist kein Gewerbebetrieb. Herr Seiffner gegenüber halte ich das, was ich über den Ausschluß der sozialdemokratischen Presse von den Bahnhöfen sagte, aufrecht. Herr Böhm beschwerte sich über die dreitägige Karenzzeit bei Krankheiten. Ihre veranschaulichte Aufhebung bezieht die Kasse mit 120.000 Mk., worauf sie wieder vergewahrt wurde.

Abg. Böhm (Zentr.) wünscht, größere Berücksichtigung der Handwerker bei Lieferungen und bringt Bismarckscher Nationalkongress zur Sprache.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) bezieht, gegen Böhm polemisi- rend, den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht. Das Koalitions- recht müsse ihnen aber zustehen.

Abg. Emmel (Soz.): Auch ich wünsche, wie der Vorredner, daß die Staatsberatung im nächsten Jahre nicht wieder über die Räder gedreht wird, wie jetzt. (Zuruf rechts: Neben Sie nicht so viel!) Wir haben uns kurz genug gefaßt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Chef der Reichseisenbahnenverwaltung setzt allen Klagen hier nur Aus- sätze und einfache Ablehnung entgegen. Er will auch weiter hin die Aufgaben der Eisenbahnenverwaltung vergrößern, indem er ihr eine Zentralität gegen die sozialdemokratische Presse anweist. Er will ferner beweisen, daß die Pöbne der Eisenbahner gestiegen seien. Er vergißt dabei die Tenebrum der Lebensmittel, die viel größer ist, als die Lohnsteigerung. Er könnte sich aber aus offiziellen Gewerbe- aufsichtsberichten über diese unbestreitbare Tatsache unterrichten. Um sich als Freund der Koalitionsfreiheit hinzustellen, hat er auf die „Dulbung“ der christlichen und Freisch-Deutscher Gewerk- schaften hingewiesen. Herr Behrens hat sich dafür auch schon dank- bar erwiesen und im Namen der Eisenbahnarbeiter auf das Streikrecht verzichtet. Dazu hat ihn aber niemand auto- risiert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Koalitionsrecht ist ein unbeschränktes Staatsbürgerrecht und das Streikrecht gehört zum Koalitions- recht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Den Arbeitern die Koalitionen vorzuschreiben, deren sie sich bedienen dürfen, ist ein bekanntes Kennzeichen brutaler Arbeitgeber. Der Eisenbahnminister hat vor- laufend der Straßendemonstration gesprochen. Die reichsständische Polizei war vernünftiger als Herr von Breitenbach und hat solche Demonstrationen gestattet. (Sehr gut! und Hört, hört! bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Kämpf: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, die reichsständische Polizei ist vernünftiger als der Minister von Breitenbach. Das ist ungehörig. (Sehr gut! und schallende

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine deutsche Grönlandexpedition. Der Straßburger Meteorologe und Luftschiffer Dr. Stolberg (früher Assistent bei Professor Hergesell) wird dieser Tage mit zwei anderen jungen Gelehrten, dem Privatdozent Dr. A. de Quervain und Doktor Baebler von Kopenhagen aus mit dem Regierungsdampfer „Hans Egede“ seine sechsmönatige Grönlandreise antreten. Zwischen dem 5. und 7. Mai wird die Expedition vermuthlich in Frederikshavn atmosphärische Beobachtungen anstellen. Hierzu stehen ein Flug- ballon mit Registrierinstrumenten und Piloten zur Verfügung. Die sehr teure Ausstattung mit meteorologischen Instrumenten stammt vom Grafen Szeppelin, der sie den Expeditionsteil- nehmern freundlich zur Verfügung gestellt hat. Im Laufe des Mai soll dann mit einem im Sommer dort stationierten Lokals- dampfer weiter hinaus in die Diskobucht gefahren werden, so weit die Eisverhältnisse es gestatten. Dort sind geologische und glazologische Untersuchungen zu machen.

Bei Beginn des arktischen Sommers, im Juni, wo das Meer zum Teil frei wird, geht die Expedition nach einer der nördlichsten Kolonien, Umanak, und von dort auf das Inlandeis. Dort hat auch die von der Berliner Gesellschaft für Erd- kunde ausgerüstete Expedition 1892/93 unter Professor v. Driz- galsky zum ersten Male gearbeitet (Karajalgebiet). Die dies- jährige Grönlandexpedition beschäftigt, Dreizehntage Vermessungen her: Eisbewegung und die jedenfalls noch vorhandenen Karlen zu kontrollieren. Es ist nämlich noch eine Frage, ob das Land sich mehr vergrößert oder im Begriffe ist, sich zu verkleinern.

Von dieser Gegend aus sind für den Rest des Sommers größere Schlittenreisen in das Hinterland des Karajal geplant. Von Umanak aus soll der letzte nach Europa gehende Regie- rungsdampfer benutzt werden. Während der ganzen Reise hat es die Expedition übernommen, Beobachtungen ozeanographischer Natur nach den Wünschen der deutschen Seewarte an- zustellen.

Aus aller Welt.

Der Soubrettenmord in Triest. Die Ermordung der Varieteesängerin Lucie Fabry aus Lunk durch den angehenden Hauptmann a. D. Julius Hödransperg v. Hödransperg kam am Mittwoch vor dem Schwurgericht in Triest zur Verhand- lung.

Der Kopf der Ermordeten wurde, wie erinnerlich, im Juli vorigen Jahres von einem Fischer im Triester Hafen aufgesun- den. Er war in ein Stück Notenzapfen eingewickelt, auf dem der Name Hödransperg stand. Dadurch wurde es der Polizei leicht, den Täter zu ermitteln. Bei einer Hausdurchsuchung fand man in seiner Wohnung die übrigen Leichenteile in acht einzelnen Paketen vor. Ferner wurden ein Messer, dessen sich der Mörder bei der Zerstückelung der Leiche bedient hatte, ertränkt, blut- getränkte Tücher und Schürze. Hödransperg hatte der Ermordeten viel Geld und Schmuckstücke geraubt. Er gehörte einem krainer Adelsgeschlechte an. Seine Mutter Marie von Hödrans- perg, geborene Tollna, wurde seinerzeit wegen schweren Betruges zu drei Jahren Kerker und zum Verlust des Adelsstandes verurteilt, sein Vater starb während der Verbannung einer neun- jährigen Kerkerhaft im Gefängnis. Hödransperg soll eine Frau und einen Sohn besitzen, um die er sich aber in der letzten Zeit nicht bekümmert hat. Von der adligen Familie Hödransperg wird auf das lebhafteste bestritten, daß der Mörder noch An- spruch auf Führung des Adelsstandes habe. Allgemein wird der Angeklagte als ein bereits seit seiner Kindheit verkommenen Mensch geschildert. Hödransperg gedachte nach der Tat nach Konstantinopel oder Algier zu entfliehen und hatte bereits den österreichischen Lloyd um Ausstellung einer Freifahrkarte ersucht, wobei er sich als ehemaligen Beamten des Lloyd aus- gab. Er hat offenbar die Absicht, sich während der Fahrt in dem Paket verpackten Leichenteile zu entleeren, da er sich vor- her ganz genau erkundigte, ob die Kabinenfenster rund oder eckig seien. Hödransperg, der seine Schuld an dem Verbrechen bisher immer in Abrede stellte, hat während seiner Untersuchungs- haft große Niedergeschlagenheit gezeigt und mußte sorgfältig be- wacht werden, da er Selbstmordabsichten äußerte.

Die Verhandlung begann mit einem überraschenden Ge- ständnis des Angeklagten. Er gab an, daß er die Soubrette getötet habe, aber nicht in der Absicht, sie zu berauben. Während dieser Aussage stülpte sich Hödransperg auf die Pforten, um nicht zu Boden zu sinken. Er versuchte, in dem Verhör darzutun, daß er die Fabry in der Wut er- stochen habe. Sie sei um Geld zu ihm gekommen, habe ihn gekraht und Schächeln nach ihm geworfen. Da habe er seinen Dolch unter dem Kopfkissen hervorgezogen. Was dann ge- schehen sei, wisse er nicht. Am Sonnabend habe er die Leiche zerstückelt und verpackt. Am Sonntag habe er mit seiner Haus- frau in Barcola geliebt und nachts den Kopf in das Meer geworfen. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß die Leiche vierzehn Dolchspitzen aufgewiesen habe. Die Verhandlung wurde dann unterbrochen.

Der Wahnsinn unserer Zeit. Dem „B. L.“ entneh- men wir folgende Meldung aus Amerika: Der Selbstmord der Gattin des amerikanischen Tabakkönigs Lorillard, die sich im Badezimmer ihres Palais durch Einatmen von Gas tödte, bi- det in Washington das Tagesgespräch der Gesellschaft und hat angesichts der hervorragenden Stellung, die die Lorillards seit einem halben Jahrhundert in der Welt der Finanzaristokratie der Union einnahmen, in ganz Amerika gewaltiges Aufsehen erregt. Frau Lorillard, die im Alter von neunundvierzig Jahren stand, ist augenscheinlich das Opfer des verwerflichen Gesellschafts- treibens der Bundeshauptstadt geworden. Sie hatte am Abend vor der Tat noch an einem glänzenden zu Ehren von Lady Arthur Saget veranstalteten Festmahl teilgenommen, das die Creme der Washingtoner Gesellschaft bereinigt und bei dem die Tabakkönigin, ihrer Rolle als tonangebende Souveränin des Salons getreu, durch ihre geistprühende Lebhaftigkeit besonders auf- fiel. In bester Laune und Stimmung war sie von dem Fest nach Hause gekommen, um hier in einem Anfall nervöser Depres- sion ihrem Leben ein Ende zu machen. Solchen Anfällen war Frau Lorillard, die in der Öffentlichkeit stets den Eindruck der lebenslustigen Mondaine und glücklichsten Frau machte, in letzter Zeit unter dem wachsenden Druck einer schweren, durch das au- tretende Gesellschaftsleben begünstigten Neurasthenie des Herzens ausgefetzt, und man muß annehmen, daß sie in einer solchen Nervenzerrung den Selbstmord, für den jedes Motiv fehlt, aus- geführt hat. Die Familie Lorillard zählt, wie gesagt, zu der reichsten und viel genanntesten der amerikanischen Gesellschaft. Der Schwiegervater der Selbstmörderin war seinerzeit die ton- angegebende Modegröße und gab dem Gesellschaftsleben der ameri- kanischen Millionäre die Richtung, die es selbster verlor. Die Pierre Lorillard war aus der französischen Schweiz nach Amerika gekommen und hat sein Versehen dem glücklichsten Gehe- len der Gründung einer Tabakriebelei zu danken. Er prägte auch das „Massive“ Wort, daß man mit weniger als 4000 Mark pro Tag schlechterdings nicht auskommen kann. Sein Tages- bedarf hat diese für eine anständige Lebensführung unbedingt erforderliche Mindestsumme denn auch nicht unterschritten über- schritten ohne daß es ihm gelingen wollte, seine Finken zu ver- zehren.

Die Armen hängen. Tren zehnhundert Adler an den ersten besten Tagen mit einem Hungerlohn ein Ende zu ma- chen; und jene Angehörigen der anderen Klasse enden ihr in- selloses Leben, um dem Uebermaß von Gemüß aus dem Wege zu gehen. Ist das nicht ein ungeheuerliches Verbrechen am Menschengefühl? Der Sozialismus wird diesen Wahnsinn heilen.

Hst. b. d. Co.) Außerdem haben Sie dem Minister... (Verfall rechts und große Hst. b. d. Co.)

Abg. Gummel (Hofschwarz): Das Verhalten des Ministers gegenüber den Arbeitern zeigt, daß ihm mit dem persönlichen Adel nicht der Feindeshaß gelommen ist. (Sehr gut! und stürm. Verfall h. b. Co.)

Vizepräsident Hübsch (müde die Klingel schwingen): Diese Bemerkung ist völlig unangebracht. Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung. (Stürm. Verfall rechts, Gelächter h. b. Co.)

Minister von Breitenbach: Die persönlichen Angriffe des Vorredners lassen mich kalt. Der 'Werktag', das Organ des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes hat den Verzicht auf das Streikrecht ausgesprochen. (Wst. hst.) Arbeiterausstände sind auf, wenn sie innerhalb ihrer Grenzen bleiben. (Veb. Verfall rechts.)

Abg. Schürmer (Centr.) befaßt den Verzicht des 'Werktag' auf das Streikrecht.

Die Diskussion schließt. Der Etat der Reichseisenbahnen wird beipflichtet. Es folgt der Etat des Reichsschatzamt, der nach unvollständiger Debatte erledigt wird, ebenso der Etat der Reichsschulden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag Nachmittags 4 1/2 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.) Schluß: 8 1/2 Uhr.

Eingekommen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die Mißstände bei den Werkskrankenkassen, bei denen die aus den Betrieben ausschließenden Arbeiter schwer geschädigt werden.

240. Sitzung, Donnerstag, den 1. April, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Am Bundesrat: von Bethmann-Hollweg, von Einem, v. Schön, Kräfte, Dernburg.

Die dritte Lesung des Etats.

Abg. v. Dannenberg (Welfe): Der Reichskanzler hat uns neulich ein Privatinterview über die Königsfrage und Reichliche geleitet. Wir lebten eine kurze Zeit lang ab, die dem Vater gestattet, hannoverscher Kammerherr zu sein, dem Sohne Präsidenten und dem Großsohne vielleicht Minister. (Gelächter.) Der Reichskanzler sagte, die Politik sei eine kleine Zukunft. Deshalb wird wohl auch der Herzog von Cumberland für einen Reichsfeind erklärt, in Braunschweig aber wird für diesen abgesetzten Reichsfeind gehalten. (Mhm und Schlußruf bei den Nationalliberalen und Konserverativen, der Präsident, Graf Stolberg, bittet um Ruhe, es kann den Redner nicht verstehen. Ruhe bei den Nationalliberalen: Ist auch gar nicht nötig!) Bei andauernder Kurde sind die weiteren Ausführungen nicht zu verstehen.

Abg. Dr. Arnim (Hst.): Welfische Abgeordnete können nur noch auf den Rücken der Sozialdemokratie in den Reichstag gelangen. Einen festen Beweis dafür, daß sie verschwinden müssen, kann es gar nicht geben. (Veb. Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion wurden eine Reihe von Etats debattiert, die erledigt. Beim Etat des Reichsschatzamt des Innern erweist das Wst.

Abg. Sachs (Co.):

Bei einer Besprechung des Rabobder Unglücks stellte der Herr Staatssekretär eine Konferenz der Vertreter der am Bergbau interessierten Einzelregierungen in Aussicht. Ich möchte fragen, ob eine solche Konferenz herangebracht hat und welches Resultat sie hatte. Inzwischen hat die Reichsregierung eine Resolution angenommen, welche ein Reichsberggesetz und auf Anstellung von Grubenkontrollanten anordnet. Ich bitte um Auskunft, ob die Regierung Stellung zu dieser mit erheblicher Mehrheit angenommenen Resolution nehmen. Das Selbstvertrauen der Arbeitermänner, für welches der preussische Handelsminister eintritt, hat sich nicht bewährt. Nach der Bergarbeiterkonferenz vom Februar hat sich dagegen ausgesprochen und unabhängige Kontrollanten gewünscht.

Aus dem Protokoll der Geheimkonferenz der Grubenbesitzer, aus dem mein Parteifreund David neulich das Wesentliche mitteilte, kann der Staatssekretär ersehen, daß er sich mit den Sicherheitsmännern am dem Solange befindet. Ich habe ihm ein Exemplar zur Verfügung gestellt. Das Protokoll zeigt auch, welche ungeheure Anzahl die Grubenbesitzer vor der reichsgerichtlichen Regelung haben. Ich frage die Herren vom Zentrum, was kann die Sicherheitsmann erreichen, wenn er nicht von den Grubenbesitzern, die er kontrollieren soll, unabhängig ist? (Sehr wahr! bei den Co.) Daß vom preussischen Landtag nichts zu erwarten ist, hat auch ein ähnlicher Arbeiterssekretär mit den Worten angegeben: Wer auf den Landtag hofft, ist unheilbar verrückt! (Sehr wahr! bei den Co.) Es ist bezeichnend, daß das Zentrum einen der größten Schachmacher in die Bergarbeiterkommission gewählt hat, den Grafen Schwarzwitz.

Auch eine reichsgerichtliche Regelung der Schlichtigkeit hat der Reichstag verlangt. In diesem Punkte ist Preußen am unabhängigsten. Nach dem erkrankten Geheimprotokoll wird es nun auch klar, warum die preussischen Verwaltungsbehörden den Bergarbeiterkonferenz nicht beistehen haben. Auf dieser Konferenz war dem Staatssekretär von den Bergarbeitern eben der Kopf zertrümmert worden. (Sehr gut! bei den Co.) Der Bergarbeiterkonferenz hat dann gesagt, welche Mißstände herrschen. Der Staatssekretär sollte jetzt erklären, ob er seinen Standpunkt bezüglich der Grubenkontrollanten geändert hat.

Bei jeder Gelegenheit hat die Regierung ein unannehmbar für unsere Verhältnisse. Es würde besser sein dem Bergbau, wenn die Regierung sich von dem Grubenbesitzern nicht so leicht einschüchtern ließe. (Bravo! h. b. Co.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Lieber die Frage des Bergrechts kann ich mich nicht ausführlich äußern, weil der Bundesrat noch keine Stellung genommen hat. Ueber das preussische Gesetz gleichfalls nicht, da die parlamentarischen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Im übrigen lasse ich mir wieder von Herrn Sachs, weder von den Bergarbeitern den Kopf zertrümmern. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Fischer (Centr.) verlangt eine beschleunigte Verlegung des Reichsberggesetzes.

Abg. Günther-Sachsen (Frei. Volksp.) verweist sich eine 1/2 Stunde lang über die Frage der Abnehmerkontrollanten, die er verteidigt.

Abg. Behrens (Wirtschaftl. Vereinig.) betrachtet die preussische Berggesetznovelle als eine Verbesserung.

Abg. Becker-Brandenburg (Centr.) vertritt die sozialpolitischen Bedürfnisse seiner Partei.

Abg. Gae (Co.): Alle Bergarbeiter sind für die Anstellung unabhängiger Arbeiterkontrollanten. Das weiß ich aus meinen persönlichen Erfahrungen in den Bergarbeitersinnern. Die Regierung aber läßt sich durch die Grubenbesitzer einschüchtern.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich habe keine Verhandlung, auf verteilte Verhandlungen einzugehen. Die Politik der Regierung kann dadurch jedenfalls nicht geändert werden. (Bravo! h. b. Co.: Ja, ja!)

Abg. Koch (Co.): Herr Gae gegenüber behauptet, daß die Tätigkeit der Bergarbeiterkontrollanten so erheblich für die Arbeiter ist, daß sie bei jeder Gelegenheit gebrauchswürdig werden muß. (Sehr richtig! bei den Co.)

Abg. Dr. Siedemann (Co.) fragt an, wie weit die Erfahrungen über Einführung einer unabhängigen Arbeiterkontrollanten sind.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erwidert, daß die Erfahrungen noch im Gange sind.

Damit schließt die Debatte.

Das Kapitel wird beipflichtet. Nach unvollständiger weiterer Debatte die übrigen Kapitel dieses Etats.

Damit verlegt das Haus die Beratungen auf Freitag 10 Uhr.

Schluß 9 Uhr.

Aus Schlesien und Posen.

Die verderbenbringende Sozialpolitik.

Die Oppolener Handelskammer hat in ihrem vor einigen Tagen veröffentlichten Jahresbericht Stellung genommen zur Sozialpolitik. Das geschieht in folgender Weise:

Während müssen wir auch dieses Jahr wieder unsere Stimme erheben vor einem Welterschrecken auf der abschüssigen Bahn, die die deutsche Sozialpolitik betreten hat. Es gibt kein Kapitel in unserer inneren Politik, das für das deutsche Unternehmertum gleich unerschütterlich wäre; mit unserer banger Sorge bilden wir auf die Entlohnung, die sich hier vollzieht.

Schritt für Schritt weichen Regierung und Parlament vor der Macht der Massen zurück — die Stimme der Industrie und ihrer berufenen und sachkundigen Vertreter verhallt unbeschert, vielfach sogar ungeschert. Forderungen, die noch heute vom Ministerium aus scheinbar als unberührt, als unerfüllbar bezeichnet werden, sollen morgen plötzlich verwirklicht werden, weil irgend ein zufälliges von Mensch und nicht zu hundertmal Ereignis eingetreten ist, das die Verantwortlichkeit für seine Verwirklichung an sich zieht. Nicht praktische Tatsache mehr, nein ideale, theoretische Erwägungen sind dafür entscheidend, ob eine neue gesetzgeberische Maßnahme eingeleitet werden soll oder nicht. Aus solchen theoretischen Erwägungen heraus ist gegen den einmütigen Widerspruch des gesamten deutschen Unternehmertums der Plan der Errichtung von Arbeiterkammern entstanden, in in allerjüngster Zeit die Novelle zum Vergütungsgesetz mit ihren Sicherheitsmännern (Arbeiterkontrollanten) entstanden.

Zum Schluß ruff das Schachmacher-Organ erkläre aus: In ihrem Kampfe gegen diese verderbenbringende Sozialpolitik steht die deutsche Industrie so gut wie allein.

Es ist kein Wunder, so schreibt unser Zentralorgan, daß diese Handelskammer von solchen Anschauungen beherrscht wird, gehört ihr ja als einflussreichstes Mitglied der Generalkonferenz und Geheimrat Ribemann an, früher im Handelsministerium tätig, heutzutage Herr, der als Generaldirektor der Giesse-Gruben in Oberschlesien die brutale Maßregelung der Steiger wegen Querschnitt zum Grunde der leistung-industriellen Beamten durchgeföhrt hat.

Ostau, 2. April. Unfall und Feuer. Ein Schiffsunfall ereignete sich Donnerstags Vormittag an der Brücke vor der Oberbrücke. Ein umgeladener Rohr wurde vom Strome gegen den Oberdamm gedrückt. Dabei wurde er mit dem Vorbeifahrer so fest gedrückt, daß er die Hülse eines Dampfes in Anspruch nehmen mußte, um wieder flott zu werden. In der dritten Nachmittagsstunde wurde der an die Schulanstalt angrenzende Kammerergruppen, in welchem Bretter, Bohlen u. dergl. lagen, ein Haub der Flamme. Das Feuer hatte bereits das Dach der Turnhalle zerstört. Doch konnten diese sowie der benachbarte Deutsche Tabakfabriken durch die Brandwehren erhalten werden.

Brieg, 2. April. Ungeschick mit Leiche. Die Leiche eines Unbekannten wurde zwischen Pefferwitz und Smortawe in der Smortawe aufgefunden. Ob es sich dabei um einen Unglücksfall gesehentlich des Hochwassers handelt, oder um einen Selbstmord, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwetznitz, 2. April. Armenärzte. Vom 1. April dieses Jahr ab antworten nachfolgende Herren als Armenärzte: Herr Dr. Herr Dr. Fiedmann, Hohlstraße Nr. 7, für den 2. Bezirk Herr Dr. Stolper, Hochstraße Nr. 18 und für den 3. Bezirk Herr Dr. Bornmann, Petersstraße Nr. 22. Die Bezirkseinteilung liegt in unserem Rechtschreibbureau zur Einsicht an. Wer den Arzt seines Bezirks in Anspruch nehmen muß, hat sich vorher beim Armenbestimmten seines Bezirks zu melden. Auch die Liste der Armenbestimmten kann auf dem Rechtschreibbureau eingesehen werden. Sprechstunden für erkrankte Stadtbarme sind die ordentlichen, Vormittags von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 3 bis 4 Uhr, an Sonn- und Festtagen Vormittags von 8 bis 9 Uhr.

Siegen, 2. April. Gefahren der Arbeit. Donnerstags Vormittag wurde von dem Dach einer Villa in der Weidenburgerstraße der mit Reparaturarbeiten beschäftigte Klempnergehilfe Dommeret und brach sich den linken Unterschenkel, sowie den rechten Oberarm, außerdem erlitt er noch schwere innere Verletzungen. D., der verheiratet und Familienvater ist, wurde in das städtische Krankenhaus überführt.

Siegen, 1. April. Gegen die Millionen-Zuwendungen an die Staatskirche. Eine am 29. März im Gemeinderatshaus abgehaltene Parteiverammlung gegen die Millionenzuwendungen an die Staatskirche war leider von nur 20 Personen besucht. Genosse Vogtbein schilderte in seinem Referat 'Das Christentum und das preussische Leben' und die Haltung der Kirchtigen gegenüber der Kirche zur Unterbrechung des Volkes. Rednerbeitrag lobte den Redner. Genosse Niederlich als Leiter der Versammlung forderte diejenigen, die die Kirche nicht mehr brauchen, auf, aus der Kirche auszutreten. Inzwischen Austrittserklärungen und sieben Anmerkungen zur Freien Religions-Gemeinde war der Erfolg dieser Versammlung. Anmeldungen zur Freien Religions-Gemeinde nimmt jederzeit R. Niederlich, Neue Charthausstraße 6, entgegen.

Siegen, 2. April. Abkurz von einem Bau. Mitwoch hat der Bauer Grundmann aus Rottschuis das Unglück, bei dem Reiben des Hauses Poststraße 9 aus beträchtlicher Höhe abzurutschen und sich dabei bedeutende Beinverletzungen zuzuziehen.

Siegen, 31. März. Ein Ständchen bei unserer Stadtdiener. Verschwundene Bauzeichnungen bezw. anders als in der genehmigten Form ausgeführte städtische Bauten bildeten in der Königs-Stadtworordnetung — schon zum zweiten Male — das Verhandlungsthema. Diese Formirung waren vor einiger Zeit in einer Bezirksvereins-Versammlung öffentlich von einem Stadtworordneten erhoben worden. Es handelt sich um ein sogenanntes Arbeiter-Wohnhaus in Neurobe, das 1908 erbaute wurde, und für welches man bislang keine Riere fand! Der betreffende Stadtworordnete hielt seine Behauptung aufrecht, daß zuerst der Hof-Deputierten die Zeichnung eines einfachen Wohnhauses vorgelegen. Diese Zeichnung sei verloren gegangen, worauf das städtische Bureau eine andere Zeichnung — ebenfalls ein einfaches Arbeiter-Wohnhaus — entwarf, welche letztere auch seitens der städtischen Körperschaft genehmigt wurde. Aber an Stelle des einfachen Wohnhauses sei ein alibitistisches Bauwerk (I) entstanden, das infolge seiner 'praktischen' (II) Einrichtung zum Mieter jände. Es wüßte vom Stadtbaurat verlangt werden, das zu bauen, was die Vertreter der Gegenwart Bürgerchaft beschließen, und daß die Gebäude so gebaut werden, daß sie ihren Zweck entsprechend auch benutzt werden können. — Der Ober, der Hofdeputierten und der angegriffene Bauamt suchten das vorgebrachte möglichst zu entkräften, wobei eine Auslassung des letzteren festgesetzt werden muß. Er gab zu, daß der Zeichnung wohl verständlich abgelesen zu sein, aber er wüßte sich das Recht vorbehalten, so zu handeln und bessere Ideen nachträglich zur Ausführung zu bringen! Und Schweigen wurde unter unseren Stadtdienern, keiner wagte es, ein einzelnes Wort entgegen zu setzen. Vorhergehendes 'Praktisches' durch welche das Bauwerk zum Zweck der Einwohnbarkeit ganz einfach inhiert. — Aber auch andere Bedenken sind gegen solche Bauwerk zu erheben: Wie möchten zum Beispiel der Baukommission des Gemeinderates nicht empfinden bei Erbauung des neuen Saales

von dem baupolizeilich genehmigten Plane nochträglich abzuweichen, weil bessere Ideen ausgetaucht? — Warum bis jetzt keine Arbeiter in das 'begehrte, moderne' Heim einzuziehen, wird der Regierung damit auf, daß es in Neurobe keine Arbeiter gäbe, bezw. die vorhandenen eigene Anwesen besitzen! — Erreulich war die Feststellung, daß in diesem Jahre die Stadt zur 'Kantons' — Kantons — Kanton keinen Zusatzgarantie-Zuschuß zu leisten habe, sondern zum ersten Male sogar einen Betrag von 391,15 Mark herausgezahlt erhalten. — Der Gemeinderat sollte wiederum eine — zu einem — halbsündliche geheime Sitzung. Hinter verschlossenen Türen finden die wichtigsten und einschneidendsten Fragen des kommunalen Lebens ihre Erledigung — und uns bleibt nur das Wechen übrig!

Neichenbach, 2. April. Im Wahnsinn. Eine furchtbare Tat verübte der Stellenbesitzer Bruchmann in Groß-Ellgaut, hiesigen Kreises. Er überfiel seine Ehefrau und schüttelte sie die Gurgel durch. Dann verfuhr er, sich Hals und Pulsadern zu durchschneiden. Er wurde sterbend dem Krankenhaus angeführt. Bruchmann hatte schon wiederholt Anfälle von Geistesgebrochtheit.

Bunzlau, 2. April. Das Ortsstatut unserer werkschulischen Fortbildungsschule ist ungültig wie jetzt das Kammergericht in Berlin entschieden hat. Der Kaufmann E. Rosenhals ist vom Schöffengericht und in der Berufungslinstanz von der Strafkammer zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen noch nicht sechzehn Jahre alten Handlungsgehilfen vom Schulbesuch ferngehalten habe. Das Kammergericht hat jetzt das Urteil aufgehoben und Rosenhals freigesprochen, indem es das Ortsstatut für unglültig erklärte und zwar einmal deshalb, weil neben dem dauernd in Bunzlau beschäftigten gewerblichen Arbeiter auch die 'bier und hier wohnenden' zum Schulbesuch verpflichtet sein sollen und ferner, weil die Festsetzung der Unterrichtsstunden nicht durch Ortsstatut erfolgt und in üblicher Form veröffentlicht worden ist. Da gilt es also, alsbald ein neues Ortsstatut zu schaffen.

Siegen, 1. April. Ahnung, Krankenkassen-Vorstands-Mitglieder! Am Sonntag, den 4. April, Nachmittags 8 Uhr, findet in der Bierquelle im Gräben eine Konferenz aller Vorstandsmitglieder der Bezirke, Turnvereine sowie sonstiger Krankenkassen der Stadt und des Landkreises Siegen statt. Einberufen ist die Konferenz vom Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.

Schmiebeberg, 1. April. Rastlosen. In der am Sonntag stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des Gewerkschafts-Kartells und des Kartellvorstandes wurde beschlossen, zur Feier des 1. Mal eine öffentliche Volks-Versammlung abzuhalten in welcher Genosse Albert Brackau referieren soll. Am Sonntag, den 2. Mai soll ein gemeinsamer Spaziergang veranstaltet werden. Der Abmarsch hierzu erfolgt Mittags 1 Uhr vom 'Schlüssel' aus. Die Genossen von Quirl, Steinjessen, Jilberthal, Erdmannsdorf, Buchwald und Rnsdorf sind dazu eingeladen. Die Genossen der vorbenannten Orte, welche am Spaziergang teilnehmen wollen, versammeln sich um 12 Uhr Mittags an der Grundmühle und treffen sich dann mit dem Schmiebeberger Genossen im 'Schlüssel'. — Zu dem Boykott der 'Drei Kronen' berichteten die Metallarbeiter und Rauere, daß sie von jetzt ab ihre Versammlungen im 'Goldenen Löwen' abhalten. Mit dem Hinweis, daß nur die beiden Lokale 'Goldener Schlüssel' und 'Goldener Löwe' von der Arbeiterjugend besucht werden dürfen und auf den am 1. Oktobertag stattfinden werden (Eintritt 10 Pf.) wurde die Sitzung geschlossen. Unentschieden schieden die Holzarbeiter und die Zimmerer (zum zweiten Male).

Wo bleibt die Warnungstafel. Das Kind des Porzellanarbeiters Friese, das vor 5 Wochen an der Gte beim Wädmerfelder Flecht vom Fuhrwerksbesitzer Kieger abgefahren wurde, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Bis jetzt haben wir von der Anbringung einer Warnungstafel an dieser sehr gefährlichen Stelle noch nichts gesehen, obwohl es unbedingt notwendig ist, daß angelegt wird, daß hier nur im Schritt gefahren werden darf. Auch haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können, ob gegen den Fuhrwerksbesitzer ein Strafverfahren im Gange ist. Als vor zwei Jahren an derselben Stelle ein Kind von einem Kutschler überfahren wurde, hatte man es viel eiliger mit der Beurteilung des Kutschers.

Rattbor, 1. April. Gegen den Alkohol. Uns wird geschrieben: Auch hier hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, dem Alkoholgenuss nach Kräften zu entsagen, um dem Junkertum die freiwilige Liebesgaben so teuer wie möglich zu machen. Eine Anzahl Genossen sind der Meinung, daß das für alkoholische Getränke auszugebende Geld zu nützlicheren Zwecken verwendet werden könne. Es wurde beschlossen, einen Arbeiter-Sparverein zu gründen. In diesem Zwecke werden die Genossen von Rattbor und Umgebend freundlich eingeladen Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Jungferstraße 3, sehr zahlreich zu erscheinen.

Stein, 2. April. Verbrüht. Am Dienstag fürzte der 7-jährige Sohn des Fleischers Horn, der entleidet auf dem Rande der Badwanne saß, in die mit heißem Wasser gefüllte Wanne und verbrühte sich derart, daß er nach wenigen Stunden starb.

Posen, 2. April. Festgenommener Defraudant. Der wegen Unterschlagung von amtlichen Geldern flüchtig gewordene Bahnhofsbesitzer Wursch aus Groß-Strehly wurde in Hamburg verhaftet, als im Bezirk Sand, über See zu fliehen.

Bromberg, 2. April. Wieder die Petrolenmauer. Beim Feueranmachen schüttelte die 5 Jahre alte Tochter des Schuhmachers Behnackewitz aus einer Kanne Petrolen auf den Feud, wobei der Inhalt der Kanne explodierte. Die Kinder des armen Mädchens wurden von den Flammen ergriffen und ehe Hilfe kam, trug es schwere Brandwunden davon und verstarb kurz darauf im Krankenhaus.

Kempen, 1. April. Einatwilligen Unfall erlitt der Landwirt Michalski in Baranow. Derselbe wurde von einem Pferde so bestigt, daß die Brust geschlagen, daß er nach mehreren Stunden unter qualvollen Schmerzen verstarb.

Roschmin (Posen), 1. April. Eine furchtbare Kluttat trug sich Mittwoch Abend zwischen 7 und 8 Uhr im benachbarten Salewo zu. Der 36 Jahre alte Schmie Franz Ojzewski hatte von seinem 36-jährigen Schwieger-sohn Martin Franke auf dem Projekte über 1000 Mark verlangt für die Bewirtschaftung des französischen Grundstückes während der Zeit, als sich F. auf Außenarbeit in Westfalen befand. Franke fand nun in dieser Sache vor dem hiesigen Amtsgericht Termin an. Die Klage fiel zu Ungunsten des Klägers aus. Als Ojzewski seinen Schwiegersohn in Salewo wieder zu Gesicht bekam, wurde erster nach einem vorausgegangen heftigen Wortwechsel so von der Wut gepackt, daß er den Franke zu Boden rief und ihm dann mit einem schärftan-tigen Zirkumstisch solch wichtige Schläge auf den Kopf verlegte, daß er Bewußtlos wurde liegen blieb. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, wurde Franke am nächsten früh 14 Uhr seinen schweren Verletzungen erliegen. Nachdem die Ojzewskische Wohnung einer Durchsuchung unterzogen worden war, nahm Gendarmerieinspektors Wille heute früh den Totschläger fest und leitete ihn in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis ein.

Weine (Posen), 1. April. Feuerbrunn. Im Nachbarort Brenna scherte am Mittwoch eine Feuerbrunn 18 Wirtshäuser ein. 14 Feuerwerke hatten diese Stunden mit der Bekämpfung des Brandes zu tun. Menschleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, auch das Vieh konnte meistens gerettet werden. Die obdachlosen Familien fanden Unterkunft im Schulhaus.